

(Beginn: 15:44 Uhr - Ende: 19:27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir mit unserer heutigen Sitzung, der 33. Sitzung des Rates, beginnen können. Ich begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie im Besonderen Herrn Franz-Josef Höing, der heute für die Wahl zum Beigeordneten für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr vorgeschlagen ist, und natürlich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Herrn Möring gratulieren, der am Samstag geheiratet hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Glückwünsche auch an die Ratsmitglieder Frau Gebauer und Herrn Börschel, die am Wochenende in den Düsseldorfer Landtag gewählt wurden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind Frau Stahlhofen, Herr Hoffmann, Herr Ludwig und Herr Bacher heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Herrn Kara - Sie verstehen sich bestimmt ganz gut - und Frau Tull.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie üblich im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Die CDU-Fraktion hat am 3. Mai fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Kölner Kultur-Chaos“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln sollten.

Zur Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 4.2, 6.1.4 - diesen Punkt werden wir aber gleich wieder absetzen -, 10.28, 17.5, 17.6 sowie im nichtöffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 22.1 und 24.7.

Abgesetzt werden die Tagesordnungspunkte 6.1.4, 10.1, 10.2, 10.6, 10.7, 10.12, 10.13, 10.23, 10.27 und 17.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben folgende Vorschläge: Die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 6.1.2, Ortsrecht, bitten wir bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen. Der zweite Vorschlag bezieht sich auf 10.19, Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm. Aufgrund der Bedeutung bitten wir, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen und ihn unter TOP 10, Allgemeine Vorlagen, als Erstes zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine Einwände. Gut. Dann zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage vor, Tagesordnungspunkt 17.3, Wahl des Beigeordneten, vorzuziehen, und zwar noch vor die Aktuelle Stunde. Weiterhin schlage ich vor, die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1 gemeinsam mit dem FDP-Antrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.2 zu behandeln, da sich beide Punkte auf das Thema Kölner Oper beziehen. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Bitte, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Nicht zur Reihenfolge, sondern zum Thema der Aktuellen Stunde, also zur Geschäftsordnung. Das Thema lautet ja „Kölner Kultur-Chaos - wie geht es weiter?“. Das ist ein bisschen wenig Substanz für eine inhaltliche Debatte. Daher würde ich anregen, dem Intendanten der Oper innerhalb dieser Aktuellen Stunde Rederecht zu geben. Die Aktuelle Stunde soll ja ein Austausch zwischen Politik und Verwaltung sein. Da wäre es sinnvoll, wenn auch der Intendant in der Aktuellen Stunde reden könnte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind hier nicht im Kulturausschuss, sondern im Rat. Und im Rat beantwortet die Anfragen der zuständige Beigeordnete, der heute hier anwesend ist.

Zurück zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der

Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer Enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Planen und Bauen 0928/2012

Wie Sie wissen, wird Herr Streitberger in seiner Funktion als Beigeordneter ab dem 1. Juli beurlaubt und die neue Aufgabe als Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft „Moderne Stadt“ übernehmen. Obwohl er sich in den nächsten Wochen noch in seinen wohlverdienten Jahresurlaub begibt, wird er dennoch an der Juni-Sitzung,

(Beigeordneter Bernd Streitberger: An der Haushaltssitzung!)

an der Haushaltssitzung am 26. Juni teilnehmen. Deshalb schlage ich vor - ich bin sicher, dass Sie damit einverstanden sind -, dass wir uns erst dann in gebührender Form von unserem langjährigen Beigeordneten verabschieden und Sie ganz offiziell in Ihr neues Amt einführen.

Zur heutigen Vorlage. Das externe Personalberatungsbüro, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr beauftragt wurde, hat Herrn Dipl.-Ing. Franz-Josef Höing für die Beigeordnetenstelle empfohlen. Die CDU hat mir mitgeteilt, dass sie Herrn Höing für die Wahl vorschlägt. Ich habe daher in der neuen Fassung der Vorlage Herrn Dipl.-Ing. Franz-Josef Höing als Vorschlag eingesetzt.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Benennung von Herrn Dipl.-Ing. Franz-Josef Höing zum neuen Beigeordneten. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU. Wer Enthält sich? - Das sind die Fraktion der FDP, pro Köln, Herr Zimmermann sowie die Fraktion Die Linke.

Damit ist Herr Franz-Josef Höing einstimmig zum neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr gewählt.

(Beifall)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und bitte Sie, zu mir nach vorn zu kommen.

(Herr Franz-Josef Höing nimmt Glückwünsche entgegen)

Sie haben jetzt die Chance, zu sagen, dass Sie die Wahl annehmen. Ich frage Sie also: Herr Höing, nehmen Sie die Wahl an?

Franz-Josef Höing: Ja, ich nehme die Wahl an. Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir erleben jetzt die Invasion aus dem westlichen Münsterland. Herr Höing kommt nämlich aus dem Nachbarort von Coesfeld, wo ich geboren bin.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine gute Lage! Eine hervorragende Lage!)

Alles Gute, Herr Höing, und auf gute Zusammenarbeit!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 1.1, den wir wie vereinbart gemeinsam mit Punkt 3.1.2 behandeln:

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Kölner Kultur-Chaos – wie geht es weiter?" AN/0660/2012

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Einschaltung eines Schlichters im Opernkonflikt" AN/0632/2012

Dazu gibt es entsprechende Wortmeldungen. Es beginnt Herr Dr. Elster. Ich darf Sie ans Rednerpult bitten.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer hätte vor einem Jahr, kurz vor Beginn der aktuellen Spielzeit, gedacht, dass wir hier heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema, zu den Bühnen und dem Chaos, das es da aktuell gibt, durchführen müssen? Der *Express* verortet aktuell die Kölner „Kultur in Trümmern“. Auch der *Stadt-Anzeiger* und die *Rundschau* sind voll von

besorgten Berichten. Die *Frankfurter Allgemeine* attestiert uns gar die „Lust auf den Abbau“ und meint damit die Lust auf den Abbau an den Bühnen, die seit Wochen Schlagzeilen in ganz Deutschland machen, in allen Medien sind. Aber leider geht es diesmal nicht um Preise und Auszeichnungen, die unsere Häuser holen, sondern diesmal geht es um fehlendes Geld, es geht um Etatüberziehungen, es geht um Personen, es geht um ganz handfeste Dinge, wie zum Beispiel die Tatsache, dass jetzt, drei Monate vor Beginn der Spielzeit 2012/2013, diese immer noch nicht unter Dach und Fach ist. Mittlerweile verlässt die Debatte die Feuilletons und arbeitet sich in den allgemeinpolitischen Teil vor. Das sorgt dafür, dass Köln als Stadt einmal wieder einen Imageschaden erleidet. Und das, meine Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister, dürfen Sie nicht zulassen. Diese Debatte muss endlich ein Ende haben!

(Beifall bei der CDU)

Dabei war das Feld doch gut bestellt. Man hätte mit Zuversicht am kommenden Donnerstag die Premiere von „Tosca“ im Ausweichquartier, dem Blauen Zelt in der „Oper am Dom“, gemeinsam mit Herrn Laufenberg durchführen können. Man hätte in Ruhe und mit Besonnenheit auf die kommende Spielzeit schauen können. Vielleicht hätten Karin Beier in ihrer letzten Spielzeit und Herr Laufenberg in der Interimspielzeit in der „Oper am Dom“ noch einmal große Erfolge einfahren und Auszeichnungen und Preise für ihre Häuser holen können. Aber, meine Damen und Herren, all das ist Konjunktiv. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Die Wahrheit ist, dass aktuell, Stand heute, immer noch kein Wirtschaftsplan für die gerade ablaufende Spielzeit 2011/2012 vorliegt. Das ist die Wahrheit! Die Fassung, die der Herr Oberbürgermeister dem nächsten Kulturausschuss vorlegt, damit wir im nächsten Rat, im Juni, darüber befinden, ist so voll von Problemen, birgt so viel Sprengstoff, dass die Probleme der Bühnen durch diesen Wirtschaftsplan nicht gelöst, sondern eher noch verschärft werden. Herr Oberbürgermeister, verantwortungsvolles Verwaltungshandeln sieht definitiv anders aus!

(Beifall bei der CDU)

Wenn zwischen dem Dezernenten und der Bühnenleitung vermittelt werden muss, dann sind Sie es, Herr Oberbürgermeister, und zwar nur Sie, der diese Probleme lösen und diesen Streit schlichten kann. Sie müssen handeln. Wer

sonst? Wenn innerhalb der Verwaltung kein Einvernehmen erzielt werden kann und eine politische Lösung notwendig wird, ist es an Ihnen, die Politik zeitgerecht und angemessen zu beteiligen. Die Sprachlosigkeit im Kulturausschuss muss endlich aufhören!

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch nicht sein, dass wir im Kulturausschuss aus der Zeitung erfahren müssen, ob es eine Spielzeit 2012/2013 gibt.

Und die Geschichte geht gerade so weiter. Die Spielzeit 2012/2013 - das Abschiedsjahr von Frau Beier - ist davon geprägt, dass wir unglaublich viele Streichungen vornehmen. Das ist mit Sicherheit kein Ruhmesblatt für die Stadt Köln. Wie gesagt, die Spielzeit der Oper ist Stand heute immer noch nicht unter Dach und Fach. Und da bringen Sie, Herr Oberbürgermeister, in den letzten Hauptausschuss eine abgestimmte Verwaltungsvorlage ein, die dann, noch während der Verhandlungen im Hauptausschuss, teilweise wieder zurückgezogen wird, sodass nur ein Teil, nämlich die Kreditlinienerhöhung, beschlossen wurde. Die Ermächtigung aber, diesen Kredit auch in Anspruch nehmen zu können, wird kassiert, und zwar von Ihnen noch während der Verhandlungen. Das hat dazu geführt, dass, obwohl der Beschluss im Hauptausschuss gefasst worden ist, die Bühnen seit vier Wochen handlungsunfähig sind und dass wir jetzt, vier Wochen später, immer noch denselben Stand wie vor dem Hauptausschuss haben. Das ist kein verantwortungsvolles Verhandeln, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Die 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln, die an den Bühnen arbeiten, und die über 350 000 Besucherinnen und Besucher haben es wirklich verdient, zu wissen, was in den kommenden Monaten und Jahren an den Bühnen im Interim und am Offenbachplatz passieren soll.

Es stimmt daher hoffnungsfroh, Herr Oberbürgermeister, dass Sie endlich das Heft des Handelns in die Hand genommen haben. Ob der Antrag zur Aktuellen Stunde von der CDU und der Antrag der FDP nun Koinzidenz oder Konsequenz ausdrücken, das sei dahingestellt. Auf jeden Fall ist der Weg richtig, mit Herrn Bolwin einen Vermittler einzusetzen, der Ihnen dabei hilft, endlich den Gordischen Knoten zu lösen. Deswegen stimmen wir prinzipiell dem

Antrag der FDP zu, weil dieser Antrag sicherstellt, dass eben auch die kommenden Jahre, die Spielzeiten 2012/2013 und 2014/2015, bis wir den Interim verlassen und wieder an den Offenbachplatz zurückkehren können, mitbetrachtet werden.

Uns ist es recht, wenn der vom Oberbürgermeister eingesetzte Vermittler, Herr Bolwin, diese Rolle übernimmt. Dafür würden wir sehr plädieren; denn er hat sich schon in das Thema eingearbeitet. Für uns wäre aber auch wichtig, Herr Oberbürgermeister, heute einen ersten Zwischenstand zu den Ergebnissen, die Herr Bolwin zusammentragen konnte, zu bekommen; denn wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren.

Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Ich appelliere an Sie, auch wenn Herr Bolwin als Vermittler eingesetzt wird, die kommenden Jahre mit zu beleuchten und künftig den Kulturausschuss wieder sprachfähig zu machen. Setzen Sie uns als Kulturausschuss ein! Machen Sie den Kulturausschuss verhandlungs- und sprachfähig! Denn Kooperationsgespräche, wie Sie sie zurzeit mit Düsseldorf oder Bonn führen, können ja nicht ex cathedra entschieden werden, sondern sie müssen natürlich von der Kulturpartei mit vorbereitet werden. Eine gute, gesunde Kulturpolitik, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, verlangt natürlich auch ein klares Votum des Kulturausschusses.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 23. April 2012 um 17.58 Uhr konnte im *Deutschlandfunk* von Flensburg bis Oberammergau, von Aachen bis Zwickau live und fast in Farbe folgender Satz zum Operntheater in Köln vernommen werden: „Köln wird unter Niveau geriert.“

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Jahren der Durststrecke in Schauspiel und Oper ist es Köln sowohl im Schauspiel als auch im Opernbereich gelungen, einen über Köln und Nordrhein-Westfalen hinausgehenden Rang einzunehmen und bundesweit und international Geltung zu erlangen. Hierzu von der FDP-

Fraktion ein ganz herzlicher Dank an alle, die an diesem ganz tollen Ergebnis mitgearbeitet haben!

Gleichwohl erleben wir immer wieder, wie die Kultur in Köln - das betrifft auch das Schauspiel, vor allem aber die Oper, über die wir heute reden -, aus welchen Motiven auch immer, anscheinend in die Regionalliga verbannt werden sollen. Diese Kakophonie verunsichert den Kölner Kulturbetrieb.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus ist es unerträglich, kurz vor dieser Aktuellen Stunde lesen zu müssen, dass der Bonner Oberbürgermeister erneut eine Opernfusion anregt. Ob nun Köln und Düsseldorf oder möglicherweise Duisburg und Bonn oder in welcher Konstellation auch immer: Hier erwarten wir als Signal an alle Beteiligten eine klare Ansprache des Rates und der Stadtspitze.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Es ist aber nicht unsere Aufgabe, heute nur die Missstände aufzuzählen. Vielmehr sind wir aufgerufen, konstruktiv an einer Lösung mitzuwirken. Wir als FDP-Fraktion haben den Antrag auf Einsetzung eines professionellen Mediators gestellt. Wir als FDP-Fraktion möchten heute diesen Antrag begründen und im gleichen Zusammenhang einen Vier-Punkte-Plan zur Herstellung einer konstruktiven Lösung in der Kölner Kultur anregen.

Erster Punkt. Wir müssen die aktuellen Konfliktlinien professionell erarbeiten, und wir müssen eine Klärung herbeiführen. Herr Bolwin hat hier bislang einen ganz tollen Beitrag geleistet. Ob es nun Herr Schmitz aus Berlin oder ob es Herr Bolwin ist, das ist zweitrangig. Hauptsache, es wird in die Hand genommen. Also: Konfliktlinien benennen.

Zweiter Punkt. Ganz aktuell muss die Spielzeit 2012/2013 gesichert werden. Hierfür müssen alle Gremien und auch die Stadtspitze, Herr Oberbürgermeister, sofort alle notwendigen Hebel in Bewegung setzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können es uns nicht erlauben, weiteren Spott auf unsere Stadt zu ziehen. Das schadet uns nicht nur, sondern das führt auch zu finanziellen Einbußen. Denken Sie nur an die Abo-Problematik und an Schadenersatzansprüche von Künstlern, die, obwohl sie einen Vertrag

geschlossen haben, nicht engagiert werden. Wir brauchen Klarheit, und zwar jetzt.

Dritter Punkt. Wir müssen über das Jahr hinaus denken. 2013/2014 und 2014/2015 müssen gesichert werden. Hier müssen schon jetzt entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Hier muss vor allem eine klare finanzielle Grundlage geschaffen werden. Insbesondere der Kaufmännische Direktor sollte hierzu ermächtigt werden.

Vierter Punkt. Wir müssen uns bereits jetzt Gedanken machen, wie es gelingen kann, hoffentlich am 1. Juli 2015 - der neue Stadtbaudezernent kann zwar jetzt nicht zuhören; aber das wird zu seinen Aufgaben gehören - ein Top-Haus mit einem Top-Intendanten mit einer Top-Spielzeit mit einem Top-Spielplan mit finanzieller Top-Ausstattung zu übergeben. Dies ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Und dann die Schuldenbremse fordern!)

- Herr Börschel, wenn Sie in der Kreisliga spielen wollen, dann sagen Sie es.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Eben war es noch die Regionalliga!)

Ich möchte es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierzu brauchen wir offensichtlich - die Praxis zeigt es - aus der Wirtschaft bzw. aus der Kultur einen professionellen Vermittler, einen Mediator. Ich hatte bereits angedeutet, dass wir nicht an Herrn Schmitz oder wem auch immer kleben. Wenn Herr Bolwin das kann und sich alle damit einverstanden erklären, dann soll er das gerne tun. Wir brauchen einen Moderator, wir brauchen die Intendanz, und wir brauchen die Stadtspitze, die sich in diesen Prozess begeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht meine Aufgabe, zu bewerten, ob der *Deutschlandfunk* am 23. April recht hatte, als er sagte, live und in Farbe: „Köln wird unter Niveau regiert.“ Aber es ist unsere Aufgabe, Ziele zu definieren. In dem Ziel, für Köln die bestmögliche Kultur mit den bestmöglichen Gebäuden und Spielstätten und mit den bestmöglichen Köpfen sicherzustellen, sollten wir uns alle einig sein. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Liebe Kulturinteressierte! Liebe Kulturschaffende! Schwierige Zeiten provozieren schwierige Debatten - das ist klar -, und sie erfordern ernsthafte Debatten, in der selbstverständlich klare, vielfältige und widerstreitende Positionen bezogen werden, Verhandlungen geführt und irgendwann Ergebnisse erzielt werden müssen, mit denen alle Beteiligten leben und arbeiten können. Das erfordert Mühen, Überzeugungsarbeit, Vermittlungsarbeit und - das wurde mehrfach angesprochen - lösungsorientiertes Denken. Eine sachdienliche Änderung von Positionen ist dabei nicht immer ein Zeichen von Schwäche.

Die Politik hat sich zuletzt in dieser Frage der Kulturpolitik, also in der Frage der Operndebatte, lösungsorientiert und flexibel gezeigt. Wir haben im Rahmen einer Dringlichkeit vor Abschluss des Gesamthaushaltes und vor Vorlage eines Wirtschaftsplanes den Bühnen einen Mehrbedarf zuerkannt; das heißt, nicht nur nicht gespart, sondern für die laufende Spielzeit rund 2 Millionen Euro draufgelegt. Wir haben also dafür gesorgt, dass die Bühnen wieder handlungsfähig sind.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Mir kommen gleich die Tränen!)

- Die Bühnen sind handlungsfähig.

(Zurufe von der FDP: Die Wahrheit!)

- Das ist die Wahrheit.

Gerade wurde von Herrn Dr. Elster die Zuständigkeit für diesen Konflikt angesprochen. Aus meiner und unserer Sicht obliegt diese ganz klar dem Kulturbeigeordneten. Herr Quander hat aus unserer Sicht in diesem Konflikt leider seine Rolle nur unzulänglich wahrgenommen, viel zu spät moderiert, interveniert und Lösungsvorschläge unterbreitet. Immerhin hat er in der letzten Woche zumindest einen Wirtschaftsplan für die nun - das muss man so sagen - fast abgelaufene Spielzeit 2011/2012 vorgelegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Frau Dr. Bürgermeister, der lag da noch gar nicht vor!)

Ein wichtiger Schritt. Diesen Wirtschaftsplan werden wir uns in den nächsten Tagen genau ansehen und in der nächsten Sitzung dieses Rates beschließen.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Wirtschaftsplan realisiert werden muss, sind seit langem bekannt. Köln befindet sich in einer dramatisch schwierigen Haushaltssituation. Das ist Ihnen, glaube ich, allen bekannt. Es müssen Millionen Euro eingespart werden, um einem Nothaushalt zu entgehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Bühnennetat der größte Einzelposten im Kulturbereich ist

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Deswegen geben wir auch 10 Millionen Euro aus!)

und die immer wieder geforderte Erhöhung um 5 Millionen Euro in etwa dem Etat der gesamten Freien Szene entspricht. Wir haben in Köln aber auch Museen, die Philharmonie, das Gürzenich-Orchester, die Stadtbibliothek, die Denkmalpflege usw. Wir Politiker stehen in der Verantwortung, alle Teilbereiche der Stadt und im Kontext der Kulturpolitik alle Bereiche der Kultur im Blick zu halten - gerade in schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Sie an eines erinnern, das wir in Anbetracht der schwierigen Situation schon mehrfach angesprochen haben: Köln ist die größte Stadt Deutschlands, die alle größeren Kulturinstitutionen - Schauspiel, Oper, Orchester, Museen - alleine tragen muss. Hier sollte sich in Zukunft auch das Land noch stärker engagieren. Das haben wir in der Vergangenheit mehrfach angemahnt, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Seit 50 Jahren hat es das nicht gemacht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Mit 16 Kölner Abgeordneten im Landtag werden wir da sicherlich auch Erfolge erzielen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

- Ich freue mich über so viel Resonanz.

Es hilft aus meiner Sicht wenig, meine Damen und Herren, wenn gerade vonseiten der Politik in der nachvollziehbar emotional aufgeladenen Debatte heftig polarisiert wird. Das ist eine Auseinandersetzung, die wir in Köln nicht brauchen und die der Kultur in Köln insgesamt nicht guttut. Der Wahlkampf ist vorbei, vielleicht können wir die Debatte jetzt wieder etwas sachlicher führen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich möchte im Namen meiner Fraktion noch eines klarmachen - das ist schon mehrfach angesprochen worden; auch ich habe das immer wieder gesagt -: Wir wissen die künstlerische Arbeit der Intendanten Herr Laufenberg und Frau Beier, der Beschäftigten im künstlerischen Bereich ebenso wie die aller Mitarbeiter der Bühnen, insbesondere in Anbetracht der zum Teil ja schon praktizierten „Kölner Oper unterwegs“, sehr zu schätzen.

(Karsten Möring [CDU]: Dann müssen Sie auch bezahlen!)

Ich möchte allen Beschäftigten für ihr großes Engagement und ihre überragenden künstlerischen Leistungen danken. Unsere Beschlüsse sind nicht Ausdruck von geringer Wertschätzung, sondern den allgemeinen Rahmenbedingungen geschuldet. Das habe ich immer wieder, zuletzt auch im Betriebsausschuss, sehr deutlich formuliert.

Jetzt geht es um die weiteren Perspektiven. Köln spielt in der Oberliga, und so soll es auch bleiben. Kosten sparen heißt nämlich nicht automatisch: Qualität einbüßen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Oberliga ist dritte Liga!)

- Das sind jetzt die Fußballexperten. Ich meine natürlich: die oberste Liga.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Andere Häuser haben bewiesen, dass man auch mit etwas weniger Geld sehr wohl Qualität erbringen kann. Das wurde auch in einigen Kommentaren von sehr viel vertrauteren Kennern der Opernbetriebe deutlich gemacht. Es wird dann vielleicht heißen: weniger ist mehr.

(Zurufe von der FDP)

Das heißt: weniger, aber trotzdem qualitativvolles Angebot. Wir brauchen kleinere, feinere

Lösungen. Ich erwarte, dass uns dieser Kurs in der Zeit des Interims begleiten wird. Ich hoffe sehr - da bin ich ganz bei Ihnen -, dass wir bei Neueröffnung der beiden Häuser und des Kleinen Hauses den Bühnennetat konsolidiert haben und dann glanzvoll in eine neue Phase starten können.

(Karsten Möring [CDU]: Hoffen allein reicht nicht!)

Apropos klein und fein: Das Schauspiel hat sich den Rahmenbedingungen angepasst und es vorgemacht: ein Spielplan mit Qualitätsanspruch bei reduzierter Anzahl von Premieren. Die Oper, die natürlich weniger flexibel ist und sehr viel längere Vorlaufzeiten hat - das wissen auch wir Politiker -, wird eher in der Perspektive ihren Beitrag leisten können. So sieht es hoffentlich auch der Wirtschaftsplan vor.

Abschließend noch zwei, drei Bemerkungen im Hinblick auf die Perspektiven. Aus meiner Sicht müssen der Beitrag von Kinderoper und Tanz - das ist hier noch gar nicht erwähnt worden - genau geprüft werden. Sie werden ihren Beitrag leisten müssen, dürfen aber auch nicht übermäßig belastet werden.

Wir brauchen, so denke ich, für die Zukunft ein verbessertes Controlling, das sicherstellt, dass die Zahlen nicht weiter aus dem Ruder laufen. Das heißt: Gegebenenfalls muss man ganz konkret über eine weitere Stelle für das Controlling nachdenken.

Wir brauchen selbstverständlich auch - da stimme ich Herrn Görzel zu - eine mittelfristige Planung für die Bühnen. Das habe ich schon ganz frühzeitig gefordert. Ich hoffe, wir werden baldmöglichst entsprechende Zahlen bekommen. Eine mittelfristige Planung ist unbedingt notwendig, damit ein so großer Betrieb wie die Bühnen planen kann und sein künstlerisches und betriebswirtschaftliches Konzept entsprechend der finanziellen Rahmenbedingungen einstellen kann.

Meine Damen und Herren, nun sind die Spielpläne vorgestellt. Es gibt die Spielpläne. Wie ich hörte, gibt es lediglich bei einer Opernproduktion noch ein Fragezeichen. Der Vorverkauf läuft. Ich bin sicher, wir werden eine glanzvolle Schauspiel-, Tanz- und Opernspielzeit erleben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Eine scheinbare Never-Ending-Story geht einer Lösung entgegen. Der Hauptausschussbeschluss und die Dringlichkeitsentscheidung zu den Bühnenfinanzen zeigen: Es gibt Licht am Ende des Tunnels.

In diese Situation stoßen jetzt der FDP-Antrag sowie der CDU-Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde unter dem reißerischen Titel „Kölner Kultur-Chaos - wie geht es weiter?“. Beim Lesen der Begründung des Antrags wurde ich das Gefühl nicht los, dass es den Antragstellern nicht wirklich um Lösungen geht. In den Reden vorhin klang es ein bisschen anders. In Reaktion auf meine Vorrednerin sage ich daher: Na ja, wir werden sehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU - die FDP schließe ich ein -, natürlich wäre es schön, wenn wir in dieser Stadt so viel Geld zur Verfügung hätten, dass wir mehr in die Kultur geben könnten. Aber Sie wissen genau, dass das nicht der Fall ist. Sie wissen ganz genau, dass jede Mehrausgabe zugunsten der Bühnen an anderer Stelle im Kulturbereich oder in einem anderen Bereich dieser Stadt fehlt. Die Verantwortung der Abwägung muss man auch als Opposition annehmen und ernst nehmen.

Stichwort „Kölner Kultur-Chaos“: Sehen wir uns doch das sogenannte Chaos einmal genauer an. Ein Blick in die Chaosforschung verdeutlicht, dass im scheinbar regellosen Verhalten chaotischer Systeme bestimmte universelle Strukturen und Prinzipien zu entdecken sind, deren Verhalten dennoch nicht langfristig vorhersehbar ist, und dass kleine Ursachen große Wirkungen haben können. Es zeigt sich also ein nicht vorhersehbares Verhalten, das sich zeitlich scheinbar irregulär entwickelt. Ich denke, das beschreibt die Situation der Bühnenfinanzen in den letzten Jahren durchaus zutreffend.

Blieben wir aber nicht bei der Chaos-Theorie stehen, sondern wenden uns Friedrich Nietzsche zu. Ich zitiere:

(Zurufe von der FDP: Oh!)

- Klasse, nicht wahr? Ein bisschen Kultur in den Rat!

Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe: Oh!)

Beim Umgang mit knappen Mitteln aber hege ich keine Sympathie für das Chaos, wie Sie sich denken können. Dabei geht es zum einen um kreative Lösungen im Konflikt - dabei kann der Blick über den Kölner Tellerrand hinaus, den Rhein aufwärts und abwärts sicher auch Perspektiven eröffnen -, zum anderen aber auch um Aufarbeitung und Schadensbegrenzung.

Köln steht zu seinen Bühnen. Oper und Schauspielhaus werden saniert. Interimsstätten werden nach den Wünschen von Oper und Schauspiel angemietet. Oper und Schauspiel sind künstlerisch im Aufschwung. Der Sanierungsbeschluss steht dafür: für Häuser mit hohem funktionalen Standard, für zukunftsfähige Orte, für künstlerische Qualität, für die Möglichkeit unterschiedlicher Formate. Damit hätte alles gut sein können, wäre da nicht das wirtschaftliche Führungsdesaster.

Seit 2009 - das ist bekannt - existiert kein Jahresabschluss des Bühnenbetriebs. 4 Millionen Euro Rücklagen, gedacht für die Interimszeit, wurden von der Oper, mit Ausnahme des China-Gastspiels, einfach ohne Beschluss des Betriebsausschusses verbraucht. Ich erinnere an die später vom Dezernat VII zurückgezogene Beschlussvorlage für die Uraufführung der Oper „Sonntag aus Licht“ vom 8. September 2009, in der noch von 5,6 Millionen Euro Rücklagen die Rede war. Jetzt sind sie verschwunden. Seit der Spielzeit 2009/2010 wurden entgegen der Betriebssatzung keine Wirtschaftspläne vorgelegt. Die im Haushalt festgelegten Zuschüsse wurden überschritten. In Zeiten, in denen andere Städte erhebliche Budgetkürzungen und Häuserschließungen beschließen müssen, fordern der Beigeordnete und der Opernintendant 5 Millionen Euro mehr Zuschuss. Die Bühnenleitung ist zerrüttet. Der Kulturdezernent greift nicht konfliktlösend und disziplinierend ein.

SPD und Grüne haben nun den im Haushaltsplanentwurf 2012 ausgewiesenen Betriebskostenzuschuss von knapp 50 Millionen Euro um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Zudem haben wir per Hauptausschussbeschluss eine

Kreditaufnahme ermöglicht, um die kommende Spielzeit zu sichern. Damit wird den Bühnen ein Weg aus der Sackgasse eröffnet. Angesichts der tiefen Haushaltskrise ist die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel ein erheblicher Kraftakt. Oper und Schauspiel können ihr Programm nun entsprechend gestalten - meine Vorrednerin hat die Einzelheiten schon benannt -, im Sinne des Publikums, im Sinne der Beschäftigten und im Sinne der Kölner Kultur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir, SPD und Grüne, lassen aber nicht zu, dass die Bühnen auf Kosten anderer Bereiche im Kulturbereich bedient werden. Auch das ist im Sinne des Kulturentwicklungsplans, der Freie Szene und Institutionen als gleichberechtigte Säulen ansieht.

Für die Zukunft sind auch mit der hervorragenden Aussicht auf die sanierten Häuser in 2015 Besonnenheit und Realitätssinn gefragt. Die Kunst besteht darin, mit begrenzten Ressourcen das Maximum an Qualität zu schaffen - dafür stehen Grüne und SPD -, statt das Unmögliche zu fordern, wie zum Beispiel noch einmal 3 Millionen Euro mehr für die Bühnen.

Uns liegt daran, den Bühnen eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung zu geben. Uns liegt daran, die Bühnen in ihren Budgets langfristig zu sichern und dafür unterschiedliche Wege und auch kreative Lösungen zu suchen.

(Karsten Möring [CDU]: Ihrem Handeln merkt man das nicht an!)

Wenig zielführend ist es, wenn sich die Verantwortlichen in dieser Situation wegduckten. Ich zitiere aus einem Interview mit dem zuständigen Beigeordneten im aktuellen KlassikInfo:

Die Bühnen haben keine Quartalsberichte vorgelegt, da sie noch nicht einmal einen Wirtschaftsplan hatten. Deswegen machten auch Quartalsberichte keinen Sinn. Weil Quartalsberichte eine Fortschreibung eines Wirtschaftsplanes sind, denn da geht es ja drum, dass man die Sollzahlen mit den Istzahlen vergleicht und die Veränderungen kontrollieren kann. Deswegen beißt sich dieser Hund oder die Katze immer wieder in den eigenen Schwanz.

Sind wir da wieder bei der Chaos-Theorie? Ich meine, das darf es nicht, wenn es um die Finanzen geht. Wie gesagt, einige Wege sind geebnet. Der Wirtschaftsplan für 2011/2012 liegt vor. Grüne und SPD arbeiten daran, dass weitere Schritte folgen. Irgendwann werden wir das Chaos ins Positive wenden und das Positive darin sehen können oder wie Nietzsche sagt - ich zitiere ihn noch einmal, weil das vorhin so gut ankam -:

Man muss noch Chaos in sich haben,
um einen tanzenden Stern gebären zu
können.

Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade beim Gang zum Rednerpult gehört, Herr Benthem, jetzt komme Kultur vom Feinsten.

(Henk van Benthem [CDU]: Van Benthem! So viel Zeit sollte sein!)

- Entschuldigung, Herr van Benthem; so viel Zeit sollte sein.

Hochkultur bekommen Sie jetzt zwar von mir nicht, aber eine Zusammenfassung der Aktuellen Stunde. Als wir in die Debatte eingestiegen sind, hatte ich darum gebeten, auch die Verwaltung in die Debatte mit einzubeziehen, da es sich ja bei diesem Thema um eine Diskussion zwischen Verwaltung und Politik handelt. Ich hatte den Antrag gestellt, auch dem verantwortlichen Intendanten der Oper das Wort zu geben, damit wir eine Grundlage haben und diese Diskussion Sinn macht. Sie hatten daraufhin zugesagt, dass dazu jemand sprechen würde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, Herr Quander ist da. Er ist der zuständige Beigeordnete und wird gleich dazu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ach so. Dann würde ich seinen Beitrag abwarten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein? Das heißt also, Sie scheinen das nicht so zu schätzen. Das ist ja interessant. Die Grundlage für die heutige Debatte ist ja doch sehr schmal. Schauen Sie, das sind ganze sechs Wörter, nämlich: Kölner Kultur-Chaos - wie geht es weiter? Ich meine, darauf kann sich doch keine Ratsdebatte aufbauen. Fragt man Sie nach der Grundlage, stellt man fest, dass Sie sie anscheinend auch nicht kennen. Ich habe doch eben zugehört. Das war eine Stunde lang Schwarzer-Peter-Spiel.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] und Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] halten rote Karten mit der Aufschrift „FLOP“ hoch)

Es wurde zwar bedauert, wie schlimm das alles wäre und dass man das in den Medien lesen musste. Die CDU aber, die das selbst beantragt hat, verfolgt nur ein Ziel, nämlich damit in die Medien zu kommen und so die Stadt auch wieder schlechtzumachen. Sie schreien nach der Feuerwehr und schütten gleichzeitig Öl ins Feuer. Das, was Sie machen, ist doch ungläubwürdig.

Für uns stellt sich in der Tat die Frage: Wie geht es weiter? Hier war zu hören: Wir wollen auf jeden Fall, dass es weitergeht. Es ist erschreckend, wenn hier der Antrag gestellt wird - darüber sprechen wir ja jetzt auch -, einen Schlichter zu Rate zu ziehen. Wir fragen uns natürlich: Was ist das für eine Kommunikationsform zwischen dem Oberbürgermeister, seinem Stadtvorstand und den anderen Beteiligten? Das sieht ja mehr nach Schulhof als nach moderner Verwaltung aus. Auch dazu hätten wir gerne etwas gehört.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommt ja gleich.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ach, das kommt noch. Dürfen wir uns dann noch einmal melden, Herr Oberbürgermeister? Wir wollen ja schon, dass es in dieser Debatte vorangeht und das Ganze einen Sinn hat.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind hier nicht im Kulturausschuss, sondern in der Aktuellen Stunde des Rates, und da können Sie reden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, gut. Aber ich habe gesagt: Sechs Wörter, zu denen man reden muss oder darf, sind ja sehr schön, aber - -

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Dann kann man die Rede ja zu Ende führen!)

- Das ist doch so.

(Henk van Benthem [CDU]: Starke Rede!)

- Ja, dazu kann man ja auch wenig sagen.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann hören Sie doch auf!)

Wir werden uns bei der Abstimmung über den Antrag der FDP enthalten, weil wir der Meinung sind, dass das eine originäre Aufgabe des Oberbürgermeisters ist. Und nach dem Beitrag der Verwaltung werde ich mich noch einmal zu Wort melden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen, in der Hoffnung auf einen entsprechenden Beitrag.

(Zurufe von der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.): Das hängt von Ihren Zwischenrufen ab, liebe Kollegen von der CDU.

(Karsten Möring [CDU]: Die werden nicht länger als Ihre Rede! - Heiterkeit)

- Das würde ich doch mal vermuten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielleicht haben Sie im *Spiegel* gelesen, dass die Linke die Oper abschaffen will. Diese Meldung ist schlicht und ergreifend falsch.

(Zurufe)

Wir wollen eine Oper. Wir wollen eine Oper, die möglichst viele Menschen erreicht. Wir wollen eine Oper mit Beschäftigten, die Freude an ihrer guten Arbeit haben und nicht Sorge um ihren Arbeitsplatz. Wir wollen eine Oper, die Teil der

Stadtgesellschaft ist und nicht Spielzeug von Eliten in der Stadtgesellschaft.

(Beifall bei der Linken)

Köln ist eine Musikstadt, und das schon seit einigen 100 Jahren. Dazu haben die Kirchen, das Bürgertum, die Arbeiterbewegung und heute die progressiven Mittelschichten einen Beitrag geleistet. Erinnert sei hier an das jahrhundertelange Chorwesen der Kirchen, die Kirchenmusik, die städtische Ratsmusik des 15. Jahrhunderts, die Arbeiterchöre, die Hoforchester des Adels, das Gürzenich-Orchester, das sich seit 1888 in städtischer Trägerschaft befindet, und an die Oper, die in Köln auf eine jahrhundertelange Tradition blicken kann. Erinnert sei auch an die Musikhochschule, an die moderne Musik, an den Bau der Philharmonie, die auch umstritten war, an große Dirigenten und Kommunisten - -

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich meine natürlich Komponisten, wobei der Versprecher gar nicht so falsch war. Auch unter Kommunisten hat es Komponisten gegeben; dazu können wir ja auch einmal eine Aktuelle Stunde durchführen.

Warum erinnere ich daran? Das sind die Stärken unserer Stadt: die Strukturen und die Netzwerke, die über Hunderte von Jahren gewachsen sind und für unsere Stadtgesellschaft und unsere Kultur lebensnotwendig sind. Wenn Musik es vermag, Menschen zu verbinden, so ist es Aufgabe der Politik, die Finanzmittel dafür so einzusetzen, dass die Stärken dieser Stadtgesellschaft genutzt werden. Das ist die Quintessenz dessen, was ich damit sagen wollte.

Deshalb begrüßen wir grundsätzlich eine Kooperation mit Bonn, Düsseldorf und gegebenenfalls auch mit Duisburg. Bei einer solchen Kooperation wollen wir nicht dasselbe wie bislang mit weniger Geld und weniger Personal erreichen. Wir wollen, dass den Künstlern durch die Zusammenarbeit und das Zusammenlegen von Ressourcen neue Spielräume und neue Möglichkeiten eröffnet werden.

Auch wenn Köln nicht mehr die kulturelle Capitale von Bonn ist - Bonn ist weder Hauptstadt noch Landeshauptstadt -, so sind wir doch eine Metropole, die selbstverständlich auch kulturelle Maßstäbe setzen kann; gar keine Frage. Eine Diskussion darüber, ob wir damit in der Regionalliga oder in der Bundesliga oder in

der Kreisliga oder in der Oberliga spielen, ist überflüssig. Wir tun gut daran, uns internationalen Ruhm nicht zu erkaufen, sondern ihn durch unsere Strukturen, durch unsere Stärke zu entwickeln. Dorthin müssen wir zurückkehren bzw. dort wollen wir wieder hin. Wir wünschen uns eine Oper, in der sich die Einwohnerinnen und Einwohner Kölns bei großartiger Musik begegnen können, und nicht einen Leuchtturm, mit dem sich die Elite schmücken kann. Diese Sache können wir entwickeln - aus den Strukturen der Stadtgesellschaft selbst.

Damit die Oper zu einem solchen Ort werden kann, sind wir, die Politik, gefordert. Der Rat der Stadt Köln muss verlässlicher Partner werden. Auch deswegen ist es wichtig, die Tarifierhöhungen zu zahlen und Personalkürzungen abzulehnen. Ich jedenfalls halte das für wichtig. Verlässlich ist die Politik derzeit jedoch nicht. Jedes Jahr dasselbe Trauerspiel: unproduktive Streitereien im Rat und im Ausschuss auf der einen Seite, ein Opernintendant, der stets mit einigen Millionen Euro mehr plant, als er hat, auf der anderen Seite. Es hilft den Beschäftigten nicht, wenn ihnen von der unseriösen FDP auf der Belegschaftsversammlung gesagt wird: Kein Problem, 5 Millionen Euro stehen jederzeit zur Verfügung, oder wenn sich die SPD oder die Grünen einfach wegducken und gar nichts sagen.

(Zuruf von Brigitta von Bülow
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, doch. Auf dieser Belegschaftsversammlung haben Sie gar nichts gesagt.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das war auch keine politische Veranstaltung!)

- Sie haben so lange herumgeeiert, dass Sie gar nicht mehr dazu gekommen sind, eine klare Position darzulegen.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Deshalb unser Vorschlag, meine Damen und Herren, ernsthaft darüber nachzudenken, bei den Bühnen grundsätzlich - die Betonung liegt auf grundsätzlich - längere finanzielle Sicherheiten, zum Beispiel über drei oder fünf Jahre, einzustellen, damit ein gesamter Planungszeitraum entwickelt werden kann, statt wie bisher nur von heute auf morgen zu planen. Dieser Vorschlag ist auch schon in der Presse diskutiert worden. Ich würde dieses Verfahren generell für einen guten Weg halten. Das heißt,

insgesamt die Finanzen zu deckeln statt sie zu erhöhen - außer in Bezug auf die Tarifierhöhungen; gar keine Frage - und durch längere Fristen eine gewisse Sicherheit zu schaffen, damit auch längerfristige Verträge geschlossen werden können. Das wäre unser Vorschlag, den wir zur Diskussion stellen.

Uns ist es wichtig, sich auf die Stärken der Stadtgesellschaft zu besinnen, statt einfach mehr Geld herüberzureichen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und auf der Tribüne! Lassen Sie mich zu Beginn aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 25. April 2012 zitieren. Kurz nachdem der Streit mit dem Intendanten der Oper offen eskaliert ist, wird Herr Laufenberg interviewt.

Sie wissen, dass Köln sich in einer katastrophalen Haushaltslage befindet, in der alle Opfer bringen müssen – und eben auch die Bühnen. Diesem Gesichtspunkt können Sie gar nichts abgewinnen?

LAUFENBERG: Ich kann das nachvollziehen, aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass diese Argumente 20 Jahre lang wie eine Schallplatte gespielt werden – egal, ob wir eine Wirtschaftskrise haben oder nicht.

Aber jetzt haben wir unabweisbar eine.

LAUFENBERG: Wir haben derzeit eine prosperierende Wirtschaft mit einem Wachstum von zwei Prozent.

Der kommunale Haushalt geht am Stock.

LAUFENBERG: Der städtische Haushalt scheint nicht in Ordnung zu sein, aber ich bin hier nicht als Kämmerer engagiert.

In ganz Deutschland, in ganz Europa werden zahlreiche Theater, Opern und viele weitere Kulturstätten heruntergefahren oder ganz geschlossen. In Köln bemühen sich Teile der

Politik und der Verwaltung, die versprochenen Zusagen an unsere Bühnen einzuhalten. Trotz immensen Konsolidierungsdrucks werden Herrn Laufenberg und Frau Beier 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Doch statt sich positiv oder gar dankbar dazu zu äußern, wird dies lediglich als eine Art Inflations- und Personalkostenausgleich dargestellt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das stimmt ja auch. Vergessen wird aber, dass eine ganze Menge anderer, nicht nur Kultureinrichtungen ebenfalls mit steigenden Personal- und zum Beispiel auch Energiekosten zu kämpfen haben.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Diese erhalten oft jedoch keinen Ausgleich, im Gegenteil: Sie müssen mit Kürzungen ihres Etat rechnen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

Herr Laufenberg und die Antragsteller haben in einem Punkt natürlich recht: Planungssicherheit muss gewährleistet sein. Da ist es vollkommen egal, warum Wirtschaftspläne oder ein Haushaltsplan nicht vorliegen. Die Verantwortung obliegt am Ende dem Oberbürgermeister und der rot-grünen Koalition im Rat. Zu dieser Verantwortung müssen Sie sich auch bekennen.

Doch ob CDU und FDP Herrn Laufenberg wirklich helfen, wenn sie zusammen mit ihm, ebenfalls wütend, wie im Betriebsausschuss Bühnen geschehen, in die gleiche Kerbe schlagen, wage ich zu bezweifeln. So wird es Herrn Laufenberg nicht nur schwerer gemacht, sein vielleicht voreilig ausgesprochenes Kündigungsangebot zurückzunehmen; es wäre auch sinnvoller, ihm einmal die Haushaltslage der Stadt Köln zu erklären.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Gemachte Zusagen an Oper und Schauspiel sollen eingehalten werden. Unsere Hochkultureinrichtungen müssen aber auch Zeichen setzen, dass sie ihren Beitrag zu den finanziellen Realitäten leisten wollen. Wenn das Kulturdezernat seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten soll, der Etat von Oper und Schauspiel aber erhöht wird, wer opfert sich denn dann für die entstehende und größer werdende Lücke? Wenn sich in dieser Situation CDU und FDP wie so oft im Kulturausschuss auch noch auf den

Schoß von Tanz, Orangerie und Freie Theater setzen wollen, muss man sich schon fragen, wie diese auch im Landtagswahlkampf oft beschworene und versprochene, diesmal aber wirklich solide Haushaltsführung eigentlich aussehen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Deine Freunde werden den die Bühnen betreffenden Punkten 18.2 und 18.3 zustimmen. Ich halte diese Punkte im finanziellen Sinne für verantwortbar. Sie geben den Bühnen, wenn auch reichlich spät, die geforderte Planungssicherheit.

Ein kurzer Exkurs. Zum Kölner Kultur-Chaos gehören nicht nur Oper und Schauspiel. Lassen Sie mich in aller Kürze, aber auch mit aller Deutlichkeit auf die Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem LVR in Sachen Archäologische Zone hinweisen. Sie erinnern sich: Vergangenen Herbst haben wir hier den Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums beschlossen. Nicht alle in Aussicht gestellten Zuschüsse konnten in den Verhandlungen eingeworben werden. Der Kölner Anteil für den Bau hat sich massiv erhöht. Möglicherweise aufgefangen werden sollte dies durch einen Partner, den LVR, mit dem sich die Stadt Köln die Betriebskosten teilen könnte. Doch dieser Partner ist über den Verhandlungsstil der Stadt Köln zunehmend not amused. Die jährliche Betriebskostenunterdeckung wird inzwischen auf 6,3 bis 6,8 Millionen Euro geschätzt, mit dem erheblichen Risiko, noch höher auszufallen. Was ein Verhandlungsausstieg des LVR für den Kölner Haushalt, auch den Kulturhaushalt, bedeuten würde, möchte ich hier gar nicht ausmalen, sondern stellvertretend Herrn Roters und Herrn Quader nur bitten, die Verhandlungen mit dem LVR fair und auf Augenhöhe zu führen.

Zum Schluss zurück zu Oper und Schauspiel. Das Interview im *Stadt-Anzeiger* endet übrigens mit den Worten von Herrn Laufenberg:

Und ich glaube, dass, wenn ich gelassen bleibe, dies mir, der Oper und der Stadt Köln am besten tut.

In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde auf einige Punkte eingehen, aber sicherlich nicht auf alle, die hier angesprochen wurden; denn sonst würde ich hier eine Stunde lang stehen.

Beginnen will ich mit Ihnen, Herr Dr. Elster. Sie haben vollkommen recht: Es gilt natürlich, die kommende Spielzeit 2012/2013 und die Perspektiven für die nächsten Jahre bei den Bühnen allgemein und insbesondere bei der Oper, die hier heute im Fokus steht, zu sichern. Sie wissen, dass wir in der Stadt Köln in einer schwierigen Haushaltssituation sind, die die Bäume nicht in den Himmel wachsen lässt. Insofern bin ich eigentlich ganz dankbar, dass es, auch wenn nicht alle Forderungen erfüllt werden konnten, die die Bühnen für notwendig erachten, per Dringlichkeitsentscheidung, die am 24. April verabschiedet wurde, gelungen ist, eine Ermächtigung und einen finanziellen Rahmen für die kommende Spielzeit der Bühnen zu setzen.

Nachdem diese Dringlichkeitsentscheidung unterzeichnet war, habe ich noch am gleichen Tag Herrn Laufenberg gebeten, seinen Spielplan an diesen nunmehr gegebenen finanziellen Rahmen anzupassen. Der Opernintendant hat mir in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass er sich dazu zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr imstande sieht. Deswegen haben wir - das heißt: der Herr Oberbürgermeister und ich - das Angebot von Rolf Bolwin, dem Direktor des Deutschen Bühnenvereins, angenommen, sich hier vermittelnd einzuschalten. Der Deutsche Bühnenverein ist ja hier in Köln ansässig. Er ist erst einmal unser normaler Partner. Das ist der Arbeitgeberverband für die öffentlichen Bühnen; wir sind dort Mitglied. Er ist vor Ort, kennt die Details des Bühnengeschehens und genießt auch hohes Vertrauen, sowohl aufseiten der Intendanz als auch aufseiten des Rechtsträgers. Herr Bolwin führt im Augenblick diese Gespräche. Die Ergebnisse werden abzuwarten und dann zu bewerten sein.

Zu der Frage, welche Einsparungen möglicherweise noch für die kommende Spielzeit zu realisieren sind und wie sich das in Zukunft gestalten wird: Immerhin sind rund 70 Prozent des Spielplans, auch der Oper, im Augenblick gesichert. Ich bin sicher, dass auch die restlichen

30 Prozent im Wesentlichen noch gesichert werden können. Wir müssen nur sehen, in welcher Form sich das vollziehen kann.

Herr Görzel, zu Ihnen: Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass es gelungen ist, die Durststrecke, die wir über viele Jahre in Oper und Schauspiel hatten, in überzeugender Weise in den zurückliegenden Jahren zu überwinden. Da Sie das hier so treffend feststellen, frage ich Sie: Wem ist das gelungen? Das ist den Theaterleitungen gelungen, und das ist der Verwaltung gelungen, indem sie Ihnen die richtigen Personen für die Bühnenleitung vorschlagen konnte und die richtigen und notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen hat. Diese sind uns aber durch die Haushalts- und Finanzkrise in den letzten Jahren ein wesentliches Stück weggebrochen. Das ist der Hauptgrund für das Dilemma, vor dem wir heute stehen. Deswegen muss man das schon noch einmal an dieser Stelle berücksichtigen.

In anderen Wortbeiträgen hieß es: Wenn wir im größten Finanzbereich, den wir im Kultursektor haben - das ist aber nicht nur in Köln so; die Bühnen stellen in allen betroffenen Kommunen den größten Brocken dar, einfach weil sie sehr personalintensiv, arbeitsintensiv und damit kostenintensiv sind -, entsprechend hoch draufsatteln, dann müssen wir die Frage beantworten: Wo kommt dieses Geld her? Frau Kollegin Klug und ich sind da eigentlich immer in einem sehr konstruktiven Dialog, aber sie kann die Geldscheine eben auch nicht drucken.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da hatte ich jetzt aber etwas anderes erwartet!)

- Das ist eine Binsenweisheit; aber manchmal hilft es, Binsenweisheiten auszusprechen. - Im Kulturretat - Sie kennen die Struktur meines Etats - sind Zuwächse dieser Größenordnung auf Kosten anderer Geschäftsbereiche weder zumutbar noch vertretbar.

Was ich allerdings mit Entschiedenheit zurückweisen muss, ist das, was von Frau Dr. Bürgermeister und auch von Frau von Bülow gesagt wurde, nämlich dass ich als zuständiger Beigeordneter viel zu spät oder gar nicht eingegriffen oder mich sogar weggeduckt hätte. Ich habe mich im zurückliegenden Jahr, seitdem im Sommer letzten Jahres die Finanzmisere bei den Bühnen offenkundig wurde, in vielfachen Gesprächen mit der Bühnenleitung darum bemüht, erstens das Einvernehmen in der Bühnenleitung wiederherzustellen - das ist über

weite Strecken gelungen - und zweitens Grundsatzfragen wie die Aufteilung der Budgets bis hin zu Einzelfragen des Spielplans zu klären. Ich könnte mich jetzt hierhin stellen und eine Vielzahl von Daten über Gespräche, Schriftverkehr etc. ausbreiten, was ich aber nicht tun möchte, um kein Öl ins Feuer zu gießen; denn mir liegt daran, mit der Bühnenleitung auch in Zukunft konstruktive Gespräche zu führen. Deswegen neige ich nicht dazu, interne Arbeitsgespräche und Arbeitspapiere auf dem öffentlichen Markt breitzutreten, wie es sonst in dieser Stadt immer sehr gerne gesehen wird,

(Lachen von Angela Spizig
[Bündnis 90/Die Grünen])

weil das in der Tat der Sache nicht dient.

Meine Eingriffsmöglichkeiten sind im Übrigen - Frau von Bülow - in gewissem Maße begrenzt; denn wir haben es hier mit einem Eigenbetrieb bzw. mit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu tun. Wenn die Betriebsleitung Einvernehmen herstellt, dann kann sie auch autonom handeln. Das war mein Hauptbestreben, nämlich Einvernehmen in der Bühnenleitung herzustellen. Das ist weitgehend auch gelungen. Dann habe ich keine Möglichkeit, in die laufende Geschäftsführung einzugreifen. Das kann ich nur, wenn es Konflikte gibt und ich von der Bühnenleitung angerufen werde, einzugreifen. Gleichwohl habe ich versucht, über Hinweise und Bitten steuernd einzugreifen.

Sie haben auch die Quartalsberichte angeführt. Es ist nun einmal das Wesen von Quartalsberichten, dass man zunächst einmal einen Wirtschaftsplan braucht, um dann die Abweichungen im Controlling beobachten zu können. Dass die Bühnenleitung im Februar überhaupt einen Wirtschaftsplan für das laufende Jahr vorgelegt hat, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass mir im Januar nach vielen Gesprächen der Geduldsfaden so weit gerissen ist, dass ich die Bühnenleitung angewiesen habe, endlich diesen Wirtschaftsplan vorzulegen.

(Martin Börschel [SPD]: Schlimm genug!)

- Schlimm genug. - Normalerweise setze ich voraus, dass es drei hochbezahlten Persönlichkeiten, die vom Fach sind, möglich ist, dieses zunächst einmal eigenverantwortlich zu lösen, zumal wenn der zuständige Beigeordnete zumindest versucht, Hilfestellungen zu geben, auch wenn das nicht immer von Erfolg gekrönt war und gekrönt ist.

(Martin Börschel [SPD]:
„Normalerweise“, da haben Sie recht!)

Ich glaube, das waren die wesentlichen Punkte, zu denen ich an dieser Stelle Stellung nehmen wollte. - Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum Ende der Aktuellen Stunde. Aktuelle Stunde bedeutet: eine Stunde. Die haben wir jetzt hinter uns. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. - Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Breite, möchte Sie aber darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung für die Aktuelle Stunde eine Stunde vorgesehen ist.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, das habe ich schon verstanden. Wir haben dazu hier einen Antrag eingebracht. Ich wollte gerne eine Änderung bekanntgeben, da Sie ja, wie die Debatte gezeigt hat, schon einen Vermittler eingesetzt haben. Darum möchten wir, dass der von uns vorgeschlagene Name gestrichen und durch Herrn Rolf Bolwin ersetzt wird. Das heißt: Im dritten Absatz müsste der Name „André Schmitz“ gestrichen und durch „Herrn Rolf Bolwin“ ersetzt werden. Die folgenden Sätze, in denen es um die Stellung geht, die Herr Schmitz in Berlin bekleidet, müssten dann auch gestrichen werden. So möchten wir das gerne abstimmen lassen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Danke schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion in der Fassung, wie sie Herr Breite gerade hier vorgetragen hat. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind damit am Ende unserer Aktuellen Stunde. Sie schließt damit, dass sich die Angelegenheit erledigt hat.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die
Grünen - Beifall von Martin Börschel
[SPD])

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, das ist wirklich ein schöner Versuch. Das haben wir ja bei dem Debattenbeitrag auch gesehen. Die Lösung ist ja noch gar nicht da. Darum bin ich der Meinung, dass wir das an die Verwaltung zurückgeben sollten, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Ich glaube, das wäre wohl ehrlicher als Beschlussvorschlag.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Wer für den Antrag von Herrn Breite ist, dies an die Verwaltung zurückzugeben, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion pro Köln. Nachdem auch dieser Antrag abgelehnt ist, sind wir nun am Ende der Aktuellen Stunde angelangt und dürfen die Angelegenheit als erledigt betrachten.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Geldspende des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e. v." (wir helfen) zur Unterstützung von JuSch - Jung und Schwanger 1157/2012

Wer gegen die Annahme dieser Geldspende ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls keiner. Dann ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln 1163/2012

Wer ist gegen die Annahme dieser Spende? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist diese Geldspende angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Schenkung einer Dogon-Skulptur durch Dr. Hans Henrici 1258/2012

Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist das so angenommen. Wir danken allen Spendern herzlich.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet" AN/0605/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln AN/0718/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0724/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 15.05.2012 1857/2012

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Tagtäglich berichten die Medien über Menschen wie etwa in Syrien, in Libyen, im Iran oder im Irak, die unter schwierigsten Bedingungen leben und Tag für Tag um ihr eigenes Leben, um ihre Gesundheit fürchten müssen. Es gibt, glaube ich, kaum etwas, was sich diese Menschen sehnlicher wünschen, als Sicherheit und Freiheit. Beides hängt unmittelbar und eng zusammen; denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wer aus Angst, aus dem Haus zu gehen, zu Hause bleiben muss, hat keine Freiheit. Er ist kein freier Mensch.

Insofern ist es unsere oberste Pflicht als Demokraten, uns dafür einzusetzen, dass die Menschen in unserer Stadt sicher und damit frei sind und sich auch so fühlen. Leider macht Köln in der letzten Zeit und aktuell verstärkt durch Berichte von gewalttätigen Übergriffen von sich reden. Ich zitiere: „Senior belästigt 10-Jährige in der KVB“, „Jugendliche an Haltestelle belästigt“, „14-Jähriger sticht 18-Jährigen an KVB-Haltestelle nieder“, „Rentner (78) mit Rohrzange niedergeschlagen“, „Jugendlicher in Ehrenfeld

erstochen“ - so lauteten einige Schlagzeilen in den letzten Wochen. Im *Express* gab es dazu eine Serie unter dem Titel „Tatort Köln“.

Diese Taten geschehen bei weitem nicht nur im Dunkeln, sondern oftmals am helllichten Tage vor den Augen unserer Mitbürger. Die Geschädigten sind Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, alte Menschen. Jeder kann binnen einer Minute sein Sicherheits- und Freiheitsempfinden oder gar seine Gesundheit und sein Leben einbüßen. Ich zitiere die *Express*-Redakteure Oliver Meyer und Carsten Rust:

Die Zahlen der Kriminalstatistik 2011 beweisen: Die Polizei ist am Ende, die Straftaten explodieren in Köln und Leverkusen, die Bürger sind in großer Sorge.

Köln hat einen neuen Negativrekord in der Kriminalstatistik aufgestellt: Köln steht mittlerweile auf dem fünften Platz der deutschen Großstädte, was die Kriminalität pro 100 000 Einwohner angeht. Im letzten Jahr wurden rund 163 000 Straftaten in unserer Stadt verübt - so viel wie niemals zuvor. Die Polizei tut, was sie kann; aber sie ist längst am Ende ihrer personellen Möglichkeiten. Hier ist unser aller politische Unterstützung gefragt. Der Innenminister muss erkennen, dass die sogenannte Belastungsbezogene Kräfteverteilung nicht mehr dem Stand der Kriminalität und der Einsatzbelastung der Kölner Polizei entspricht.

Ich weiß, dass der Oberbürgermeister sich einsetzt; wir haben das im AVR schon beschlossen. Er hat das getan, aber der Innenminister hat nicht reagiert. Er hat die Belastungsbezogene Kräfteverteilung, für deren Berechnung übrigens ein Mittelwert der Belastungen in den letzten zehn Jahren gebildet wird, nicht geändert. Und er hat nicht die besonderen Verhältnisse, die es in Köln gibt, berücksichtigt. Es ist einfach falsch, jetzt weiterhin Stellen zu sparen. Wir brauchen in Köln mehr Polizeibeamte. Die Belastungsbezogene Kräfteverteilung, die sicherlich vor einigen Jahren richtig war, berücksichtigt heute nicht mehr, dass sich, wie eine kriminologische Erkenntnis klar zeigt, die Kriminalität immer mehr vom Land in die Städte verlagert und in den Ballungsräumen und Metropolen einnistet. Dem muss Rechnung getragen werden.

Die Präsenz von Polizeibeamten im öffentlichen Raum ist ein unverzichtbarer Bestandteil für mehr Sicherheit. Die Arbeitsbelastung der Polizei

ist jedoch angesichts vielfältiger Aufgaben, die immer wieder dazukommen, zu hoch, als dass für Streifengänge im Veedel und für Besuche in Schulen, Jugendeinrichtungen und Altenheimen noch genügend Zeit bleibt. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind damit beschäftigt, bandenmäßig organisierten Straftätern aus Osteuropa, für die Köln ein beliebtes Ziel ist, das Handwerk zu legen. Sie werden bundesweit, und zwar fast jede Woche, zu Demonstrationen eingesetzt. Sie müssen mittlerweile auf Autobahnrastplätzen im Umland gewalttätige Anhänger drittklassiger Fußballvereine - ich nenne nur Trier und Euskirchen - in Schach halten. Sie müssen zu Hunderten vor der neuen Moschee dafür sorgen, dass unselige Provokateure von rechts und gewaltbereite islamistische Extremisten nicht den Frieden unserer Stadt stören. Diese Arbeitszeit fehlt, um kriminelle Delikte aufzuklären und durch öffentliche Präsenz von der Verübung von Straftaten abzuschrecken.

Köln ist nicht mehr sicher genug. Köln braucht deswegen mehr Polizisten. Das müssen wir erneut dem Innenminister parteiübergreifend deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns weiterhin dafür einsetzen, dass Polizei, Stadt und KVB in enger, frühzeitiger Zusammenarbeit bei Diebstahl, Gewalt und sonstigen Delikten koordiniert präventiv zusammenarbeiten. Hierzu hat uns die Verwaltung mitgeteilt - das Schreiben liegt Ihnen hier heute vor -, dass das alles schon geschieht. Aber mit welchem Ergebnis? Das Ergebnis ist niederschmetternd. Das ist nicht genug. Wir müssen einen neuen Versuch machen, das zu verbessern, damit die Menschen in dieser Stadt wieder sicher leben können.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen das Thema „Angsträume“ bei der Planung nicht nur vor uns her tragen wie eine Fahne; wir müssen es ernst nehmen und vorhandene Angsträume ausschalten, auch durch Videoüberwachung. Wir fordern die KVB auf, ihre Videoüberwachung dahin gehend zu verstärken, dass bestimmte Ecken zusätzlich ausgeleuchtet werden. Dazu sagt die Verwaltung, das geschehe sukzessive. Aber es geschieht auch, dass Tag für Tag und Nacht für Nacht Menschen in der KVB angegriffen, niedergeschlagen, niedergestochen werden. Wir schauen über die Videogeräte zu, aber wir können nicht eingreifen. Deshalb fordern wir,

dass man hinschaut. Sie haben gemeinsam mit der Polizei in Köln die Kampagne „Hinsehen, Handeln, Hilfe holen“ gestartet. Doch wir schauen nur hin. Oftmals sind die Videos auch nicht so gut, dass man die Täter bekommen kann. Wir fordern, dass eingeschritten wird, dass nicht zugeschaut wird, wie auf einem Bahnsteig ein alter Herr mit einer Rohrzange zusammengeschlagen wird, sondern dass es Möglichkeiten gibt, frühzeitig einzugreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass die KVB sagt: Das ist zu teuer. Das ist sicherlich richtig. Aber ist es nicht unverantwortbar, wenn wir zuschauen, ohne dass wir den Menschen helfen? Das ist doch viel teurer; denn es kostet das Sicherheitsgefühl einer ganzen Stadt. Dieses Sicherheitsgefühl ist nachdrücklich gestört.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir alle sind der Meinung, dass es keine Toleranz für Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität geben darf. Meldungen über gewalttätige Übergriffe dürfen nicht mehr zur Tagesordnung gehören, sondern müssen uns motivieren, aktiv zu werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie daher den Antrag der CDU nach mehr Sicherheit und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Granitzka. - Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte einen solchen Satz eigentlich vermeiden, aber nach dieser Rede, Herr Granitzka, und bei allem Respekt vor Ihrer beruflichen Laufbahn und Ihrer Erfahrung in Sachen Sicherheit und Polizeitätigkeit: Der Wahlkampf ist vorbei.

(Beifall bei der SPD - Reinhard Houben [FDP]: Das Problem ist aber immer noch da!)

Das Problem nehmen wir ernst, wenn es denn vernünftig, richtig und im Verhältnis zu den Tatsachen dargestellt wird. Ich betone noch einmal: Bei allem Respekt vor Ihrer beruflichen

Leistung, Herr Granitzka - das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, war ein Zerrbild. Und das kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Überhaupt nicht! Es war die Realität in dieser Stadt!)

Das kann ich so nicht nachvollziehen. Sie haben eine Stadt dargestellt, die im Chaos versinkt. Das tut sie nun wahrlich nicht.

Ich gebe Ihnen recht: Wir haben sehr bedenkliche Fälle von Gewaltdelikten. Das ist wahr.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die höchste Kriminalitätsrate, die es je gegeben hat!)

Wir haben aber auch eine sehr erfreuliche Entwicklung etwa bei der Absenkung von Straftaten von jugendlichen Intensivtätern. Schauen Sie in den Bericht des Hauses des Jugendrechts.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

Sie sitzen mit mir im AVR. Wir haben gemeinsam den Bericht sehr positiv zur Kenntnis genommen. Die Polizei, die Justiz und die Stadt handeln da Hand in Hand.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben eine Zunahme von 34 Prozent bei den Wohnungseinbrüchen! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Herr Oberbürgermeister, so kann man, glaube ich, keine Diskussion führen. Aber okay, das ist in Ordnung.

Wenn Sie das Thema wirklich ernst nehmen - das unterstelle ich einmal -, dann können Sie so nicht damit umgehen. Sie versuchen, ein Zerrbild zu zeichnen, indem Sie ein Chaos darstellen, das so nicht existiert.

(Beifall bei der SPD - Winrich Granitzka [CDU]: Das haben Sie schon gesagt! Ich habe nur die Kriminalitätsstatistik zitiert, sonst nichts!)

- Sie haben erzählt, jeden Tag würden Gewaltdelikte in der KVB passieren. Das ist so nicht richtig, trotz all der bedauerlichen Fälle, die es gibt.

Wir haben festzuhalten: Die Stadt Köln und die KVB - diese beiden Punkte haben Sie in Ihrem Antrag besonders hervorgehoben - handeln

bereits, und das ist gut so. Das soll noch ausgeweitet und ausgebaut werden. Aber wir sollten nicht ständig das beschließen, was bereits umgesetzt wird. Damit nehmen wir selber unsere politische Verantwortung nicht ernst. Wir nehmen das, was wir tun, nicht ernst, wenn wir ständig suggerieren, wir täten nichts und deswegen müsse es neu beschlossen werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das reicht nicht!)

Nein, es ist in Ordnung, was die Stadt tut, und sie tut viel. Die KVB hat in den letzten Jahren im Bereich Sicherheit ihre Aktivitäten deutlich ausgeweitet. Mithilfe von Videoaufnahmen konnten viele Fälle aufgeklärt und eine Menge Straftäter zur Verantwortung gezogen werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da war der schon verblutet, als wir das Video gesehen haben!)

Wenn ich das so sage, Herr Granitzka, zeigt das auch: So viele, wie Sie das in Ihrem Wortbeitrag suggeriert haben, sind es Gott sei Dank dann doch nicht.

(Henk van Benthem [CDU]: Nur die Hälfte? Das ist schon schlimm genug!)

Was die Stadt tun kann, sollte sie tun, und sie tut es. Deswegen - in einem Punkt muss ich Ihnen dann doch recht geben - sollten wir unseren Beschluss bekräftigen in Richtung Land, die Personalausstattung der Polizei in Köln zu verbessern. Die Polizei in Köln hat es verdient. Sie hat mit ihrem Personal gerade in den letzten Wochen enorme Erfolge bei der Bekämpfung von Kriminalität, insbesondere von Gewaltkriminalität erzielen können. Ich erinnere an die Aktion zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vor einigen Wochen und an die Aktion gegen die Bandenkriminalität der sogenannten Rocker-Banden. Das alles sind wichtige Beiträge zur Erhöhung der Sicherheit.

Dennoch: Es sollte mehr getan werden. Da gebe ich Ihnen recht. Aber wir sollten nicht ständig das erneut beschließen, was wir ohnehin tun; denn damit suggerieren wir den Menschen, wir seien bisher untätig gewesen. Das stimmt nicht. Wir bekräftigen und unterstützen gerne das, was wir schon beschlossen haben, und bitten die Verwaltung, das entschlossen fortzusetzen. In Richtung Land bitten wir den amtierenden Innenminister, der möglicherweise auch der künftige Innenminister sein wird, die Polizei Köln so auszustatten, wie es angesichts der Größe

dieser Behörde, der Bedeutung dieser Behörde und der besonderen Aufgaben, die diese Behörde hat, angemessen ist. - Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. - Wir kommen zu Herrn Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum CDU-Antrag „Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet“ hat die Verwaltung eine ausführliche sachliche und nüchterne Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme ist eben auch von Herrn Granitzka angesprochen worden. Anträge wie der heutige Antrag der CDU haben bei den beiden Parteien CDU und FDP, aber leider auch bei den Rechtsextremen von pro Köln eine lange Tradition in diesem Rat. Das wissen Sie alle, meine Damen und Herren.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist eine Frechheit! - Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Anträge haben immer das gleiche Muster:

(Henk van Benthem [CDU]: Ihre Rede auch! - Beifall bei der FDP)

Zunächst wird stets ein Versagen der Stadt Köln wie auch der Kölner Polizei dargestellt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das hat kein Mensch getan! Dagegen wehre ich mich ausdrücklich! Das habe ich mit keinem Wort gesagt!)

- Darf ich meine Rede fortsetzen, Herr Granitzka? - Ich darf zur Begründung dieser Behauptung aus Ihrem heutigen Antrag zitieren:

Aktuell macht Köln durch die Berichterstattung über eine Gewaltserie in der Kölner U-Bahn, Überfälle auf Friedhöfen oder auch auf offener Straße sowie sexuelle Belästigung am helllichten Tag von sich reden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau so ist es!)

Nebenbei ist zu fragen, ob sexuelle Belästigung in stockdunkler Nacht in den Augen der CDU weniger schlimm ist wie am helllichten Tage.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Das nützt alles gar nichts. Ich werde weiter reden, egal ob sie herumkrakeelen oder nicht.

(Andreas Köhler [CDU]: Reden Sie noch mehr dummes Zeug!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, lassen Sie Herrn Helling zu Wort kommen.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Es geht um das Muster all Ihrer Anträge in den letzten Monaten und Jahren: Zunächst wird stets ein Versagen der Stadt Köln wie auch der Kölner Polizei dargestellt. Sodann werden ein paar Instrumente aus der Mottenkiste alter Wahlprogramme oder auch aus aktuellen boulevardmedialen Aufregungen ultimativ eingefordert, so wie heute zum Beispiel der Punkt KVB-Videoüberwachung, um aber zugleich abschließend festzustellen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung seit Jahren erodiert. So heißt es in der Begründung Ihres heutigen Antrags - ich zitiere -, „subjektives Sicherheitsempfinden“ muss wieder hergestellt werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, damit die Menschen sich wieder sicher fühlen!)

Vielleicht haben sich die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP schon einmal gefragt, welche Rolle sie selber bei der Verunsicherung dieser Kölner Bevölkerung spielen. Haben Sie, meine Damen und Herren, nicht eine Mitverantwortung für die Verunsicherung der Bevölkerung?

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Sie müssen sich das anhören. Das gehört zur Demokratie.

(Beifall bei der SPD - Henk van Benthem [CDU]: Aber nicht so ein Unsinn!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal: Der Redner hat Anspruch darauf, seinen Wortbeitrag störungsfrei vortragen zu können.

(Henk van Benthem [CDU]: Aber da müssen wir nicht zuhören!)

Dann müssen Sie rausgehen.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, hat nicht der verunsicherte Teil der Bevölkerung auch ein Anrecht auf folgende Analysen: Warum wurde zum Beispiel in Ihren Anträgen nicht auf einen außerordentlich aufklärenden Grundsatzartikel der Kölner Lokalpresse, hier: des *Kölner Stadt-Anzeigers* vom 12. März 2012 unter dem Titel „Kriminalität: Datenmaterial lässt sich unterschiedlich interpretieren“, Bezug genommen? Das war ein hochinteressanter zweiseitiger Artikel, der sehr systematisch der Frage nachging, ob man die von Ihnen behaupteten Aussagen über das Ansteigen von Kriminalität auch anders interpretieren kann. Warum werden - auch diese Frage müssen Sie sich gefallen lassen - offensichtliche Erfolge wie die sinkenden Zahlen bei der Beschaffungskriminalität in der Drogenszene, die mit dem hervorragend aufgebauten Hilfesystem in Köln zu tun haben, nicht thematisiert? Warum werden - das ist schon von meiner Vorrednerin gesagt worden - die Erfolge des Hauses des Jugendrechts nicht thematisiert? Warum werden die Erfolge des früheren "Netzwerks gegen Gewalt an Schulen und im schulischen Umfeld", das heute „Netzwerk Erziehung in Schule“, NEIS, heißt, das hochgradig präventiv arbeitet, nicht thematisiert? Und so weiter, und so fort. Ich könnte diese Reihe unendlich fortsetzen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Weil die Kriminalität trotzdem steigt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, hören Sie auf, manipulativ mit der Verunsicherung unserer Bürger zu spielen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Die Zeiten, in denen sicherheitspolitische Machos von riesigen Mehrheiten zum Sheriff gewählt wurden, sind selbst in den USA weitestgehend vorbei.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ziehen Sie Ihren Antrag zurück, damit Sie nicht noch mehr Schaden anrichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Ich würde gerne eine persönliche Erklärung nach der Rede von Herrn Helling abgeben.

Herr Helling, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Wir arbeiten sehr gut zusammen im Sozialausschuss. Aber - das muss ich wirklich sagen - Ihre Äußerung zum Thema sexuelle Belästigung, nämlich dass es egal sei, ob sie am helllichten Tag oder in stockdunkler Nacht stattfindet, drückt aus, wie Sie mit der Angst von Frauen umgehen, und das finde ich wirklich ziemlich schwierig

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und schwer nachvollziehbar. So habe ich Sie bisher nicht kennengelernt. Ich möchte noch einmal darauf dringen, sich gerade im Interesse von allen Kolleginnen hier im Rat etwas anders auszudrücken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich empfand die Rede von Herrn Helling als eine Verhöhnung der Opfer, die in den letzten Monaten zu Schaden gekommen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Kein Wort des Mitleids haben Sie für sie gefunden. Stattdessen haben Sie so getan, als hätten wir die Täter dazu animiert, das zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man so nicht stehen lassen. Ich muss klipp und klar sagen: Diese Formulierungen möchte ich für meine Fraktion zurückweisen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Helling hat hier auch das Haus des Jugendrechts angesprochen. Ich erinnere daran: Es waren die Grünen, die mit allen Mitteln versucht haben, dieses zu verhindern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die FDP hat damals den Antrag dazu eingebracht; ich selbst bin der Autor dieses Antrags gewesen. Die SPD das erst abgelehnt, dann aber doch zugestimmt. Jetzt wird das hier als Erfolg dargestellt. Das Haus des Jugendrechts hätten wir schon viel früher haben können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Viele Opfer wären vermeidbar gewesen, hätten die Grünen dem früher zugestimmt. So sieht das aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Darum freuen wir Kölner Liberale uns auch, dass die CDU ein Thema unseres Wahlkampfes zur Köln-Wahl 2009 aufgegriffen hat, nämlich: „Köln ist ein Gefühl. In vielen dunklen Ecken ein Gefühl der Angst.“ Die *Kölnische Rundschau* schrieb am 19. August 2009 zu unserem Thema:

Das passte wie die Faust aufs Auge: Schlecht beleuchtete öffentliche Räume standen im Mittelpunkt des Rundgangs, zu dem die FDP-Ratsfrauen Christtraut Kirchmeyer und Yvonne Gebauer geladen hatten - und kaum stand das Grüppchen an der Unterführung in der Maybachstraße, ging dort auf einen Schlag das Licht aus.

Die *Bild*-Zeitung zitierte Christtraut Kirchmeyer beim Presserundgang mit den Worten:

Es kann nicht sein, dass sich vor allem Frauen ständig fragen müssen: Welchen Nachhauseweg kann ich nehmen? Welche Bahn kann ich bis wann noch fahren? Welche Straßen und Plätze muss ich meiden, weil sie zu gefährlich sind?

Anscheinend kennen die Grünen solche Bedenken von Frauen nicht. Die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion kennen diese Bedenken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bekanntlich hat die Kölner FDP keine generelle Aversion gegen Videoüberwachung, als ob das Teufelszeug wäre. Dort wo es sinnvoll und nötig

ist, sprechen wir uns für die Videoüberwachung aus. So hat die KVB unsere Initiative aufgegriffen, in ihren Bussen zur Sicherheit der Kunden, aber auch der Mitarbeiter eine Videoüberwachung zu installieren. Aber was nützt die beste Videoüberwachung, wenn dann die Unterführung - Stichwort: „Angsträume“ - stockduster ist? Nichts. Darum fordern wir Kölner Liberale viel mehr Licht und hellere Farben in dunklen Unterführungen und Plätzen. Verdreckte Lampen gehören gesäubert, kaputte Leuchten sind auszuwechseln, und mancher helle Anstrich würde bei dem Thema wahre Wunder vollbringen.

Das sage nicht nur ich, das sagt nicht nur die Kölner FDP. Nein, das sagt auch die Kölner Polizei, die für die Thematik „Angsträume“ extra einen Beauftragten eingesetzt hat. Wir Liberale sind der Meinung, dass dieser Experte bei stadtentwicklungspolitischen Projekten viel mehr eingebunden werden müsste, um Angsträume erst gar nicht entstehen zu lassen. Diesem Angsträumverhinderungsprofi der Polizei als Sachkundigem Einwohner eine Stimme im Stadtentwicklungsausschuss zu geben, das wäre eine Präventionsmaßnahme, die mehr bewirken würde als 100 Videoinstallationen an dunklen Ecken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der Antrag der CDU spricht auch ein Thema an, das viele Kölnerinnen und Kölner sehr bewegt, nämlich wie man das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Nahverkehr erhöhen kann. Dazu muss man wissen, dass sich die KVB - das wurde hier schon angesprochen - schon etliche Gedanken macht, wie in den Anlagen der KVB die Sicherheit erhöht werden kann. Hier ist eine rechtliche Prüfung, was die KVB darf und was nicht, einer Umsetzung vorzuschalten. Die Berichterstattung des KVB-Vorstands, Jörn Schwarze, in meiner Fraktion, wie mit den Bilddaten bei der KVB im Sinne von Persönlichkeitsrechten umgegangen wird, hat uns als liberale Partei schwer beeindruckt, sodass wir zu dem Schluss kommen, dass eine Ausweitung der Videoüberwachung auf Zugängen und Zwischenebenen freiheitsorientiert zumutbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Wertschätzung für die Zunft der Strafverteidiger: Hier stehen wir als Kölner FDP an der Seite des Weißen Rings und der Beweissicherung für die Opfer. Diese Argumentation - das gebe ich zu - hat sicherlich

erst in zweiter Linie mit Prävention zu tun; aber es stärkt das Gerechtigkeitsempfinden in unserem liberalen Rechtsstaat, weil wir damit die Rechte der Opfer auf Beweissicherung stärken.

Ich komme zum Schluss. Uns liegt ein Änderungsantrag von SPD und Grünen vor. Der Beschlusstext stammt aus dem schon erwähnten Antrag der FDP, in dem wir ein Sieben-Punkte-Maßnahmenprogramm empfohlen hatten. Die Formulierung wurde damals aus unserem Antrag wortgleich übernommen und im AVR zur Abstimmung gestellt. Schon damals haben wir mehr Polizisten gefordert. Wir können ja schlecht das, was wir formuliert haben, ablehnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, auch wenn hier ein Trick angewandt wurde, stimmen wir dem natürlich zu. Dieser Antrag wird ja als Erstes abgestimmt. Aber ich möchte der CDU-Fraktion sagen: Wir hätten auch eurem Antrag sehr gut zustimmen können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Breite. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich liegt hierzu auch ein Ergänzungsantrag der Fraktion pro Köln vor. Das wurde offenbar vorhin vergessen, zu erwähnen. Aber das sehen wir Ihnen gerne nach, kein Problem. Pro Köln ist an diesem Thema natürlich sehr interessiert und hat deswegen zu dem sehr guten CDU-Antrag - so viel vorweg - noch einige Ergänzungen vorgeschlagen. Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich noch kurz auf die wirklich skandalösen Einlassungen von Rot-Grün eingehen.

Das war wirklich beispielhaft für die unselige Geisteshaltung hier in Deutschland, die seit Jahrzehnten den Täterschutz vor den Opferschutz stellt, die keinerlei Rücksicht und Empathie für Opfer der Kriminalität aufbringt. Ich sage ganz klar: Schämen Sie sich dafür! Wir müssen endlich wieder die Opfer in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass sich alle in dieser Stadt und in diesem Land sicher fühlen und sicher bewegen können.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, die CDU hat hier sehr wichtige Punkte angesprochen, wobei natürlich

einige davon auf die Landesebene weisen, wo man nicht direkten Zugriff hat. Deswegen haben wir in unserem Ergänzungsantrag den Fokus darauf gelegt, wo die Stadt Köln selbst Akzente setzen kann.

Pro Köln bearbeitet dieses Thema schon seit vielen Jahren, seitdem wir hier im Rat sind. Ich bin sehr froh, dass die CDU und die FDP in diesen Punkten nun auf uns zukommen, auch wenn die Bürger natürlich wissen, wer das Original ist und wer die billige Kopie.

(Beifall bei pro Köln)

Trotzdem begrüße ich natürlich ausdrücklich, dass Sie hier auf den pro-Köln-Kurs einschwenken und das in Ihre Agenda aufnehmen. Das ist absolut positiv zu sehen.

Nur, wir als Stadtrat sollten natürlich vor allem die Punkte ins Auge fassen, wo die Stadt selbst etwas machen kann. Da wurde richtigerweise die KVB angesprochen. Aber daneben muss man natürlich auch die Möglichkeiten des Ordnungsamtes ansprechen. Wir alle wissen, dass man in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, aber auch in ganz Deutschland schon einen Schritt weiter ist und das Ordnungsamt in Richtung einer Stadtpolizei, einer Ordnungspolizei ausbaut

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

und es auch personell entsprechend ausrüstet.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

- Natürlich. - Dieser Trend, den es in vielen Städten in Deutschland schon gibt, geht in die richtige Richtung; das sage ich ganz klar. Die Mitarbeiter werden dementsprechend geschult, und sie werden auch mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, eben um die Lücke zwischen Polizei und normaler Verwaltungstätigkeit zu schließen. Die Polizei ist in vielen Dingen überfordert, einfach weil sie personell zu schwach ausgestattet und mit immer mehr Kriminalität konfrontiert wird. Deswegen muss gerade im Bereich der öffentlichen Sicherheit, wenn es darum geht, die öffentliche Ordnung zu kontrollieren, aber auch im Bereich der Kleinkriminalität, im Bereich von Graffiti, öffentlicher Verwahrlosung und öffentlicher Verschmutzung das Ordnungsamt der Stadt Köln dementsprechend ausgerüstet und zu einer Art Stadtpolizei weiterentwickelt werden. Es muss Präsenz zeigen, vor allem in diesen Angsträumen.

Vorhin wurde hier im Zusammenhang mit Angsträumen und subjektivem Sicherheitsempfinden höhnisch gesagt: Was haben die Leute überhaupt? Was können wir dafür, wenn sich die Bürger unsicher fühlen? Wenn sich die Oma Schmitz abends nicht mehr auf die Straße traut, dann ist sie doch selber schuld. - So menschenverachtend wurde ja indirekt argumentiert. Da muss ich ganz klar sagen: Natürlich sind die Stadt und die Politik in der Verantwortung, dass sich auch die Oma Schmitz wieder sicher fühlen kann in Köln. Das ist doch ganz klar und eindeutig.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, gerade im Umfeld von KVB-Haltestellen, von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs muss Präsenz gezeigt werden. Hier muss eine Null-Toleranz-Strategie gelten, auch gegen kleine Delikte. Die Erfahrungen aus dem Ausland, aus Amerika, haben doch gezeigt, dass nur eine konsequente Null-Toleranz-Strategie, auch gegen kleine Delikte, für ein Umfeld sorgt, in dem die Kriminalität insgesamt wieder zurückgeht. Das ist empirisch und wissenschaftlich bewiesen. Nur, das wurde hier in Deutschland versäumt, und zwar durch die schon angesprochene Geisteshaltung von Täterschutz vor Opferschutz und eine wirklich verhängnisvolle Ideologie der Alt-68er. Das muss endlich ein Ende haben. Hier muss endlich eine Kurskorrektur erfolgen. Pro Köln kämpft dafür seit vielen Jahren.

Ich lade CDU und FDP ein, auf ihrem Weg der Besinnung weiterzumarschieren. Unsere Unterstützung haben Sie bei diesem Thema auf jeden Fall. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Fenske hat sich bereiterklärt, noch einige Informationen zu geben.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon vor einem halben oder Dreivierteljahr über dieses Thema gesprochen. Leider ist das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum und Sicherheit im ÖPNV - das muss man wirklich sagen - immer noch ein Thema; überhaupt keine Frage. Es ist auch ein schwieriges Thema. Ich denke, wir alle hier im Raum sind uns einig, dass jede einzelne Straftat immer eine zu viel ist. Die Wahrheit ist allerdings

auch, dass man nicht jede Straftat verhindern kann. Das gehört zur Wahrheit dazu. Auch durch noch so viel Technik, durch noch so viel Personaleinsatz, durch noch umfassendere Maßnahmen können wir leider nicht jede Straftat verhindern. Das muss man auch sehen. Das hat sicherlich auch viel mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun.

Wir von den Kölner Verkehrs-Betrieben würden uns, ehrlich gesagt, ungern bei diesem Thema treiben lassen. Ich habe mich jetzt auch zu Wort gemeldet, weil ich dem Eindruck entgegenwirken möchte, die Kölner Verkehrs-Betriebe seien im bundesdeutschen Großstadtvergleich ein ÖPNV-Unternehmen, das besondere Herausforderungen und besondere Probleme hat. Die Herausforderungen, die wir haben, sind, ehrlich gesagt, schwierig genug. Sie zu bewältigen, erfordert täglichen Einsatz von uns allen. Gemeinsam mit allen Ordnungskräften und mit der Polizei arbeiten wir daran. Aber - das muss ich schon sagen - wir unterscheiden uns in diesem Bereich jetzt auch nicht so negativ von anderen Unternehmen. Ich habe zwar keine Statistik geführt; aber ich denke, dass das Thema, das wir hier diskutieren, sicherlich auch in anderen Städten erheblich ist.

Ich will drei wesentliche Felder, mit denen die KVB die Sicherheit in ihren Einrichtungen weiter verbessern will, ganz kurz anreißen; zwei sind hier schon genannt worden.

Zum Ersten: Personaleinsatz. Die Menschen müssen spüren: Da ist jemand; da ist jemand ansprechbar. Das ist extrem wichtig. Wir haben in der Mitteilung an die Verwaltung dargestellt, wie viele Mitarbeiter in diesem Bereich inzwischen tätig sind. In den letzten Jahren haben wir den Personaleinsatz kontinuierlich erhöht, weil wir wissen: Persönliche Präsenz ist wichtig. Wir haben heute - über den dicken Daumen gerechnet - knapp über 300 Mitarbeiter im Außendienst, die auch in Uniform auftreten und insofern auch persönlich präsent sind. Das ist wichtig. Vergessen Sie bitte nicht: Gerade in einer Stadt wie Köln, in der es viele Großveranstaltungen gibt, werden viele Zusatzdienste gefahren, und auch da sind wir immer präsent.

Zweiter Punkt: Videoeinsatz im ÖPNV. Dazu will ich nicht nur persönlich, sondern auch im Namen des KVB-Vorstands sagen: Zu diesem Thema gab es in unserer Branche lange Diskussionen. Die Erfolge sind eindeutig. Wir sind - das sage ich hier auch sehr deutlich - für den größtmöglichen Videoeinsatz in unseren

Anlagen. Dass datenschutzrechtliche Belange und das Persönlichkeitsrecht berücksichtigt werden, gebietet sich eigentlich von selber. Es gibt bestimmte Möglichkeiten, wie man die Sicherheit auch in den sogenannten Zwischenebenen und im öffentlichen Raum gewährleisten kann.

Letzter Punkt: Prävention. Neben höherem Personaleinsatz und dem Einsatz von Technik und Videoüberwachung muss man natürlich auch präventiv arbeiten; denn mit Personal und Technik ist auch nicht alles machbar. In diesem Zusammenhang seien drei Aspekte genannt:

Wir sind strategisch unterwegs. Gemeinsam mit der Polizei, mit dem Ordnungsamt und den Ordnungsbehörden sind wir Ordnungspartnerschaften eingegangen, beispielsweise was gemeinsame Bestreifungen unserer Einrichtungen oder gemeinsame Begleitung von Großveranstaltungen angeht.

Es gibt zwei weitere Projekte, die im öffentlichen Raum wahrscheinlich noch gar nicht so großartig registriert worden sind, die aber inzwischen sehr viele Menschen hier in Köln erreichen:

Zum einen machen wir ein sogenanntes Mobilitätstraining für Senioren. Das bedeutet: Wir als Kölner Verkehrs-Betriebe gehen ganz gezielt auf ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu und erklären ihnen, wie bestimmte Einrichtungen wie zum Beispiel Notrufsäulen und Notrufeinrichtungen genutzt werden können und genutzt werden sollen und wie man sich in bestimmten Gefahrensituationen verhält. Ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Das Programm läuft jetzt seit über einem Jahr - vielleicht sind es auch anderthalb oder zwei Jahre; ich weiß es gar nicht genau -, es wird immer mehr ausgeweitet und bekommt ein ausgesprochen positives Feedback.

Zum anderen haben wir das Projekt „Fahrzeuggesteuerer“ initiiert, das sich an Schülerinnen und Schüler in Köln wendet. Hier spielen wir mit Schülern bestimmte Situationen praktisch durch. Außerdem wird ihnen vermittelt, wie man sich im ÖPNV bewegt. Das ist, wenn Sie so wollen, auch ein Stück weit praktische Verkehrserziehung.

All dies sind Beiträge, die wir jetzt schon zum Thema Sicherheit leisten. Ich hoffe, ich habe Ihnen ein bisschen vermitteln können, dass die KVB erstens an diesem Thema bereits intensiv

arbeitet und sich zweitens - wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben - ungern treiben lässt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske, für diese Informationen. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist dieser Antrag angenommen und es erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion in geänderter Form.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke, betreffend "Alternativvorschläge in Verwaltungsvorlagen" AN/0633/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.05.2012 1864/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit den letzten Kommunalwahlen ist das Engagement der Kölnerinnen und Kölner in kommunalen Angelegenheiten deutlich gewachsen. Ich verweise auf das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens, das Bürgerbegehren zum Erhalt des Schauspielhauses, aber auch auf das Engagement von „Köln stellt sich quer“, auch dies eine wichtige Aktivität. Immer wieder wird von den Akteuren der Bürgerbeteiligungsprozesse die mangelnde

Transparenz von Verwaltungshandeln kritisiert. Wir haben sowohl Gespräche mit Akteuren der Initiative „Köln kann auch anders“ geführt als auch mit dem Journalisten Frank Überall. Dabei ging es immer wieder um das Thema mangelnde Transparenz. Da muss etwas passieren, Herr Oberbürgermeister.

Deshalb möchten wir als Linke erneut auf den Ratsbeschluss vom 13. November 2008 hinweisen, der besagt - Zitat -:

Der Oberbürgermeister und die Verwaltung werden darum gebeten, in Zukunft bei der Erstellung von Verwaltungsvorlagen in der Regel Alternativen aufzuzeigen ...

Unseres Erachtens ist dieser Beschluss nur unzureichend umgesetzt worden. Es ist etwas passiert, gar keine Frage; aber es kann noch mehr passieren.

Im Jahr 2008 hat die CDU unseren Antrag noch als linksbürokratisches Monster bezeichnet. Im Nachhinein ist klar geworden, dass die Alternativen vorteilhaft sind. Ich glaube, sogar die FDP hat sich kürzlich auf Alternativen bezogen. Das Thema hat sich wohl erledigt. Aber es muss etwas geschehen. Wir müssen die Alternativen insgesamt deutlicher und klarer herausstellen.

In 2008 haben SPD und Grüne unseren Antrag unterstützt. Ein Ratsmitglied, nämlich Herr Zimmermann, sagte damals - ich zitiere -:

Wir halten es für wichtig, dass das häufiger und breiter gemacht wird. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen.

Nach grobem Überschlag beinhalten nur 20 Prozent der Vorlagen der Verwaltung eine Alternative. Auch die Verwaltung bestätigt in ihrer Stellungnahme, die uns heute zuging - ich zitiere -:

dass in nur relativ wenigen Beschlussvorlagen ausdrückliche Beschlussalternativen formuliert sind.

Das heißt, die Verwaltung sagt selbst: Das ist oft nicht der Fall.

Selbstverständlich gibt es auch Vorlagen - das ist mir völlig klar -, zu denen es keine Alternative geben kann; gar keine Frage. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Darum geht es mir hier nicht. Mir ist der Anteil von 20 Prozent

deutlich zu gering. Wenn wir bei 50 Prozent liegen würden, wären wir in einer anderen Liga. Dann würde ich diesen Antrag auch nicht stellen.

Kollege Frank hat mich gestern darauf angesprochen und gebeten, ihm einen konkreten Fall zu nennen. Nur ein Beispiel: Die Dringlichkeitsvorlagen zur Oper - das sind die Punkte 18.2 und 18.3 der heutigen Tagesordnung - beinhalten keine Alternative. Wir haben diese Diskussion im Hauptausschuss geführt und dort die Verwaltung gefragt: Ja, kann man denn nicht ...? Darauf sagte Herr Wasserbauer: Es sind noch nicht alle Verträge abgeschlossen worden. Da hätte man einhaken und sagen können: Moment mal, wenn das nicht der Fall ist, dann kann man doch da noch was machen.

Mir geht es hier um Folgendes: Es gibt viele Vorlagen, bei denen die Verwaltung mehr und bessere Alternativen darstellen könnte. Das ist doch gerade das Spannende an der Kommunalpolitik. Im Gegensatz zu Bund und Land können wir relativ konkret entscheiden, ob die Straße links oder rechts herum gebaut wird. Der Landtag kann das nicht entscheiden, wir als Rat aber können das. Deshalb muss die Verwaltung die Frage beantworten, warum es besser ist, die Straße rechts herum statt links herum zu bauen. Das ist doch oft eine Alternative. Darum geht es mir in dieser ganzen Diskussion. Der Rat ist ja nicht irgendwer, wir sind der Souverän. Wir als Rat der Stadt Köln wollen über die Meinungsbildung in der Verwaltung umfassend informiert werden. Wir sind der Souverän. Wir können aber nur dann gute Entscheidungen treffen, wenn wir vorher in die Lage versetzt werden, die verschiedenen Meinungen, von denen wir aber Kenntnis haben müssen, abzuwägen. Es spricht ja gar nichts dagegen, dass die Verwaltung dann auch eine eigene Meinung haben darf. Das ist hier überhaupt nicht die Frage. Ich will damit auch nicht erreichen, die Meinung, die in der Verwaltung in der Minderheit ist, zu stärken; darum geht es nicht. Vielmehr geht es mir darum, zu erreichen, dass wir uns als Rat eine gute Meinung bilden können. Da kommt mir einfach zu wenig herüber. Da müssten meines Erachtens Verbesserungen stattfinden. Und das ist das Thema dieses Antrags.

Wir haben hier einen relativ seichten Antrag gestellt - wobei sich das vielleicht negativer anhört, als es tatsächlich der Fall ist -, einen freundlich-moderaten Antrag, in dem wir die Verwaltung bitten, noch einmal zu prüfen, was man da machen kann. Herr Oberbürgermeister,

Sie haben ja auch die Geschäftsordnung geändert. Es hat sich also schon etwas getan. Bei wichtigen Entscheidungen - Stichwort: Schauspielhaus - waren immer auch Alternativen da. Mir ist das aber einfach noch zu wenig. Deswegen meine Bitte an die Verwaltung, noch einmal zu prüfen, was man in dieser Hinsicht noch verbessern kann, und uns dazu einen Bericht vorzulegen. Das ist keine immense Arbeit, die tagelang Verwaltungsbeamte bindet; das wäre auch nicht meine Absicht. Ich erwarte lediglich eine qualifizierte Stellungnahme, was man da noch machen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ich verweise noch einmal auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung vom heutigen Tag, die Ihnen vorliegt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nichtraucherschutzgesetz mit Vernunft und Toleranz" AN/0635/2012

Dazu hat sich Herr Houben gemeldet. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein schöner Sonntag! Wir haben jetzt auch in Düsseldorf eindeutige Verhältnisse

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, vielen Dank!)

und freuen uns natürlich auf die neue Politik aus Düsseldorf.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich fürchte, es wird die alte Politik!)

Wissen Sie, das zeichnet uns Liberale aus: Wir wollen uns immer in Ton und Art von den anderen Fraktionen abheben. Das möchte ich an

dieser Stelle auch gerne tun. Also: Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ergebnis!

Meine Damen und Herren, deswegen ist es ganz besonders interessant, dass wir hier einen Antrag einbringen können - dafür musste ich auch schon relativ lange in der FDP sein -, der genau einem Antrag entspricht, den der SPD-Unterbezirksverband Dortmund als Parteitagbeschluss auf seinem Landesparteitag einbringen wird. Thema ist der Nichtraucherschutz.

Wir bewegen uns jetzt auf die Fünf-Jahres-Schwelle zu, seitdem wir als freie Bürger noch weiter der - ich will es einmal freundlich sagen - fürsorglichen Dauerbeobachtung ausgesetzt sind und immer noch weitere Vorschriften, Verbote oder zumindest moralische Zeigefinger gezeigt bekommen mit der Begründung, das sei doch im Sinne des Besten für einen Mann. Dieser Antrag der SPD zur innerparteilichen Diskussion der Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein kleiner Lichtschein, ein schwaches Glimmen. Vielleicht hat man ja auch in der SPD erkannt, dass das permanente Verboten und das Gängeln der Bürger nicht der ideale Weg ist. Wir als Partei der Freiheit sehen das mit Freude. Deswegen bringen wir diesen Original-SPD-Antrag hier in den Kölner Rat ein.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben unterschiedliche Themen. Sie sind im Wahlkampf ja häufig genug benannt worden. Deshalb brauche ich sie an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Wir haben heute schon manches Mal gemerkt: In den Redebeiträgen aller Fraktionen ist doch eine gewisse Erschöpfung zu erkennen. Ich bitte Sie daher nur darum, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie denn Ihren eigenen Antrag ablehnen wollen, nicht nur den Beitrag, den der Referent Ihnen aufgeschrieben hat, abzulesen,

(Beifall bei der FDP)

sondern auch darauf zu reagieren, dass es sich dabei um einen Antrag handelt, der originär aus der Feder Ihrer eigenen Partei stammt. Das würde die Qualität hier im Rat sicherlich ein wenig stärken.

(Beifall bei der FDP)

Und ich rufe Ihnen zu: Seien Sie mutig! Denn es gibt in Düsseldorf neben Rot-Grün eine zweite Machtalternative. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Frau Schmerbach auf. - Jetzt muss ich eine kleine Raucherpause einlegen.

(Heiterkeit und Beifall)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Schmerbach, bitte.

Cornelia Schmerbach (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Anmerkung, Herr Houben: Die Rede ist nicht von den Referenten geschrieben - meine nicht.

(Gisela Manderla [CDU]: Ihre nicht! - Zurufe von der FDP - Beifall bei der FDP)

Bevor ich auf den Antrag der FDP eingehe, möchte ich darauf hinweisen, dass das Nichtraucherschutzgesetz kein Antidrogengesetz ist, wie die FDP meint, sondern ein Gesundheitsgesetz, also das Gegenteil eines Drogengesetzes. Das Nichtraucherschutzgesetz soll die Menschen, ob Jung oder Alt, vor schweren gesundheitlichen Schäden wie Lungenkrebs, Bauchspeicheldrüsenkrebs und vielen anderen Erkrankungen schützen. Für die FDP scheint das Event wichtiger zu sein als die Gesundheit von Nichtrauchenden oder Rauchenden.

Ich möchte noch einmal betonen: Für uns und für mich ist der Gesundheitsschutz wichtiger als die Interessen von Gastronomen und Tabakindustrie.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Antrag selbst: Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln hat sich wieder etwas ausgedacht - diesmal zum Landtagswahlkampf, wie man feststellt, wenn man das Datum sieht; es war nämlich der 30. April 2012 - ,

(Ralph Sterck [FDP]: Die SPD hat sich das ausgedacht!)

und zwar ein Plädoyer für ein sogenanntes liberales Nichtraucherschutzgesetz unter dem Motto „Vernunft und Toleranz“. Das ist Ihnen aber nicht gelungen. Vielleicht haben Sie es schon vergessen: Sie haben zusammen mit der CDU als Landesregierung vor vier Jahren dieses Nichtraucherschutzgesetz beschlossen und stellen heute Ihr eigenes Gesetz infrage - wobei noch dazu anzumerken ist, dass Ihr

Nichtraucherschutzgesetz handwerklich schlecht und unklar ist.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie machen durch Ihren Antrag deutlich - das muss man verwundert feststellen -, dass Sie ein schlechtes Gesetz gemacht haben.

Wir brauchen, wie die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt, ein klares, übersichtliches und rechtlich zweifelfreies Nichtraucherschutzgesetz, das die Gaststätten auch klar anwenden können.

In Ihrer Begründung schreiben Sie:

Rauchen gefährdet die Gesundheit, daran besteht kein Zweifel. Aber auch Alkoholgenuss und Übergewicht gefährden die Gesundheit.

Darin sind wir uns einig.

(Karsten Möring [CDU]: Das sehe ich auch so!)

- Dies ist auch meine Meinung.

(Beifall bei der FDP)

- Hören Sie bitte zu. - Ich habe noch nie gehört, dass mich eine neben mir stehende Person an der Theke durch Alkoholgenuss gesundheitlich gefährdet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Durch Zigarettenqualm tut sie das aber. Das ist wissenschaftlich bewiesen.

Das bestehende Nichtraucherschutzgesetz muss im Sinne der gesundheitlichen Vorsorge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Kinder und Jugendlichen besonders aus gesundheitlichen Gründen, aber auch in der Handhabung reformiert werden. Das sehen wir auch so.

Wir werden diesen Antrag aber ablehnen, weil wir uns nach der siegreichen Landtagswahl sicher sind, dass die neu zu bildende Landesregierung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann eine Gesetzesreform vorlegen wird, die besonders dem Wohl und der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von allen Bürgerinnen und Bürgern Kölns dienen wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Schmerbach, bleiben Sie bitte noch kurz hier. Herr Houben möchte eine Nachfrage stellen.

Reinhard Houben (FDP): Frau Schmerbach, nur eine Anmerkung: Wenn Sie auf Ihrem Landesparteitag gegen diesen Antrag Ihrer Parteifreunde aus Dortmund argumentieren werden, dann halte ich Ihre Argumentation auch hier für glaubwürdig. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. - Herr Gey, bitte.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen])

Herbert Gey (CDU): War das eine Frage, Bettina, oder ein Zwischenruf?

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Lass dich nicht ärgern!)

- Nein, das habe ich auch nicht vor.

Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Prosa von Herrn Houben werde ich mich nicht anschließen.

Frau Schmerbach muss ich leider sagen: Es geht nicht darum, dass man Kinder zupafft. In dem Antrag der FDP ist eindeutig und klar gesagt worden, dass man beide Gruppen trennt, und zwar in getrennten Räumen: Räume für Raucher und Räume für Nichtraucher.

Aber da wir heute in einer Chaos-Sitzung sind - wir haben schon so oft über Chaos gesprochen -, möchte ich auch über das Nichtraucherschutzgesetz reden, das diesem Chaos jetzt eigentlich gerecht wird. Dieses Chaos beginnt in Europa und geht über die Bundesrepublik Deutschland bis in die Länder. Soweit ich weiß, ist der Nichtraucherschutz eine Aufgabe, die den Ländern obliegt. Die Länder können hierzu Entscheidungen treffen, die dann auch zu befolgen sind.

Ich will jetzt gar nicht so sehr auf die Einzelheiten eingehen, die in dem FDP-Antrag deutlich dargestellt worden sind, sondern das Ganze an zwei Dingen festmachen.

Ich glaube, wir haben uns alle eine ganze Zeit lang in Kneipen wohlgeföhlt, in denen geraucht wurde - ich auch. Bis vor 26 Jahren habe ich selbst geraucht. Heute gehe ich auch in Raucherkneipen. Wenn ich mich mit Freunden treffe, die rauchen, dann gehe ich auch dahin; denn sonst werde ich einsam.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Im Übrigen war es früher so, dass man bei Partys in der Küche stand. Warum stand man in der Küche? Weil in der Küche das Bierfass war, standen alle Leute in der Küche. Heute ist es so, dass der Raucher auf die Terrasse oder auf die Straße geht - und der Nichtraucher bleibt alleine und einsam in der Kneipe zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Im weitesten Sinne verhindern wir also die Kommunikation und führen die Menschen sukzessive in die Einsamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Jetzt haben wir das Problem, dass Rot-Grün einen starken pathologischen Hang zur Regelung hat. Das erinnert mich wiederum sehr an meine Mutter,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Sohn einer rot-grünen Mutter!)

die immer gesagt hat: Zieh dir warme Unterhosen an; denn zu dünne Unterhosen machen krank. - Rauchen macht auch krank. Das weiß ich. Deswegen habe ich ja vor 26 Jahren aufgehört. Das hindert mich aber nicht daran, in Raucherkneipen zu gehen.

Das war der Werbeblock für die Raucherkneipe im Sinne von Kommunikation.

Jetzt gibt es einen zweiten Werbeblock bei mir, nämlich den Werbeblock für die Wirtschaft. Wir haben - und das meine ich jetzt ernsthaft - hier in Köln eine ausgeprägte Kneipenkultur. Das gilt auch für andere Großstädte in Nordrhein-Westfalen. Wir sind als Land Nordrhein-Westfalen mit immerhin 17 Millionen Einwohnern, was die Kneipenkultur anbelangt, gegenüber anderen Bundesländern stark geprägt. In vielen Bundesländern existiert die Kneipenkultur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nicht. Dort gibt es keine Theken. Da sitzt man bei seinem Gläschen Wein; da isst man. Dort wird natürlich nicht geraucht. Das halte ich auch für vernünftig.

Nun gibt es - auch in Köln - Wirte, die ihre Kneipe so umgebaut haben oder umbauen möchten oder würden, dass allen Beteiligten Genüge getan wird. Das ist für die Wirte eine existenzielle Frage - und für uns eine Frage der Gewerbesteuer.

Wir sollten wirklich ernsthaft überlegen, ob man nicht mit Augenmaß und vernünftig unter Berücksichtigung der Belange der betroffenen Gäste und des Personals, aber auch der Wirte, also derjenigen, die dieses kleine Gewerbe betreiben, allen gerecht wird.

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, haben ja die Chance, auf eine Landesregierung einzuwirken, die jetzt in der Lage ist, wirklich souverän Entscheidungen zu treffen. Dazu gratuliere ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich. Das war ein überragender Sieg.

Sie sollten mit Ihrem Großmut hier aus Köln Ihre großmütige Landesregierung bitten, mit Augenmaß zu handeln und bei der Neuschaffung des Nichtraucherschutzgesetzes auch diese Belange, nämlich die Belange der Wirtschaft und die Belange des einzelnen Gastronomen an der Ecke, zu berücksichtigen.

Das sollte mein Appell sein. Wir können das hier von Köln aus nicht ändern. Wir können nur an die Vernunft appellieren. Das tun wir als CDU in Verbindung mit der FDP und hoffen auf Ihr Verständnis. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Gey. - Die Sitzung ist durch dich gerade eher unterhaltsam geworden, lieber Herbert.

(Herbert Gey [CDU]: Ich habe es versucht!)

Ich empfinde sie nicht als Chaos-Sitzung. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich ja, dass es noch unterhaltende Elemente in diesem Rat gibt. Insofern finde ich es auch sehr nett, wie Herbert Gey das vorgetragen hat.

Trotzdem stellt sich die Frage: Warum hat die FDP diesen Antrag überhaupt aufrechterhalten? Denn er ist eigentlich ein typischer Wahlkampf-Gimmick. Das macht man so. Ich kenne das noch aus der Zeit von vor über 30 Jahren. Da hat man es im Studentenparlament auch gerne so gemacht, dass man sich irgendetwas herausgesucht hat, was irgendeine politische Gruppierung mal gesagt hat, und es ihr dann vorgehalten hat. Das ist doch erstsemesterhaft. Jeder weiß, dass das keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema ist. Insofern hätte ich eigentlich gedacht: Der Wahlkampf ist vorbei - die FDP ist dabei ja noch ganz gut weggekommen -, und damit ist es gut, sodass wir die Sitzung etwas beschleunigen können.

Wenn man sich die Dinge genau anguckt, stellt man doch fest, dass das Gesetz, das CDU und FDP seinerzeit gemacht haben, dazu geführt hat, dass NRW beim Gesundheitsschutz bzw. beim Nichtraucherschutz inzwischen Schlusslicht in Deutschland ist. Daher hat die rot-grüne Minderheitsregierung einen Gesetzentwurf entwickelt, der jetzt formal neu eingebracht werden muss und sicherlich auch eine Mehrheit hat.

Insofern hätten Sie sich eigentlich damit befassen müssen, was denn zum Beispiel andere Bundesländer tun. Mir ist natürlich klar, dass Sie nicht gerne in ein Bundesland schauen, in dem SPD oder SPD und Grüne an der Regierung sind. Insofern hätten Sie sich einmal nach Bayern begeben sollen, wo bekanntermaßen die CSU mit der FDP immer noch die Mehrheit hat. Im Übrigen wissen Sie auch, dass der CSU-Vorsitzende gestern eine Reihe mahnender Worte an die NRW-CDU gerichtet hat. Die hätte man sich jetzt einmal zu Herzen nehmen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz und gut: Dort ist es so - einschränkend muss man natürlich darauf hinweisen, dass die CSU nicht von selbst darauf gekommen ist, sondern es dann tun musste -, dass große Teile ihrer Wähler und Wählerinnen sich für einen sehr rigorosen Nichtraucherschutz entschieden haben, und zwar in Form eines Volksentscheides, den sie dann nachvollziehen mussten.

Das heißt: Wenn man auf der Suche nach den verlorenen Wählerschichten ist, könnte hier ein Ansatzpunkt sein.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor diesem Hintergrund sollten Sie sich die bayerischen Regelungen angucken. Die FDP muss das nicht tun; sie ist jetzt mit dem Wahlergebnis zufrieden.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die CDU wäre es aber ein Hinweis. Dabei werden Sie feststellen, dass der nordrhein-westfälische Gesetzentwurf sehr viel Ähnlichkeit mit der bayerischen Version hat. Insofern sind wir tatsächlich auf einem guten Weg, wenn sich die neu gebildete Koalition jetzt daranmacht.

Dann gibt es natürlich noch ein Argument, dem man sich tatsächlich stellen muss: Führt ein Nichtraucherschutzgesetz zum Niedergang der Wirtschaft - und zwar der Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes, also der Kneipe -, und wird dadurch Ihre Existenzgrundlage untergraben? Da schauen wir noch einmal nach Bayern und stellen fest, dass in der Zeit, in der dieses Gesetz dort in Kraft ist, die insbesondere getränkeorientierte Gastronomie einen Umsatzzuwachs von 7,2 Prozent zu verzeichnen hatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch nicht schlecht. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf Gesundheit Wert legen, sind also nicht davon abgekommen, Bier - Bayern ist ja ein Bierland - und vermutlich auch andere Alkoholika zu trinken. Daher ist die Gefahr, dass wir hier den Niedergang des Kneipenwesens befürchten müssen, nicht gegeben.

Insofern haben die Antragsteller, aber vielleicht auch die CDU Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag nur ablehnen können. Wir werden uns jetzt einmal ernsthaft anschauen, was in Nordrhein-Westfalen im Landtag geschieht. Ich gehe davon aus, dass dieser Gesetzentwurf in nächster Zeit wieder eingebracht wird und dann auch verabschiedet wird. Davon haben wir alle einen Vorteil. Und die Wirtschaft wird daran, wie gesagt, nicht zugrunde gehen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

33. Sitzung vom 15. Mai 2012

Dann möchte ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist dafür? - Das sind die CDU, die FDP, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu:

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben“ AN/0636/2012

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0722/2012

Frau Senol, bitte.

Sengül Senol (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Ausbau der Kindergartenplätze für unter Dreijährige ist eine gewaltige Aufgabe. Die Verwaltung hat bisher Großes geleistet und hat noch viel Arbeit vor sich. Einen Dank dafür an das sehr engagierte Dezernat IV!

Trotzdem sind viele Eltern wütend und verzweifelt. Sie müssen sich in mehreren Einrichtungen bewerben; denn die Nachfrage übersteigt das Angebot. Sie warten nicht nur lange auf einen Platz; auch auf eine Zu- oder Absage müssen sie lange warten.

In Bezug auf die Vergabe der Kindergartenplätze ist für viele Eltern nicht transparent, warum jemand einen Platz bekommt oder nicht. Im SGB ist festgelegt, dass arbeitssuchende Eltern einen Platz bekommen sollen. Gerade diese Gruppe geht aber oft leer aus.

Wir meinen: Ein städtisches Internetportal für die zentrale Anmeldung könnte viele dieser Ärgernisse aus der Welt schaffen und Kitaplätze schneller, effizienter und transparenter vergeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt würden entlastet. Die Mehrfachbewerbungen schaffen nämlich einen hohen bürokratischen Aufwand. Die städtischen Angestellten kommen mit der Antragsbearbeitung kaum hinterher. Darüber beschwerten sich wiederum viele Eltern direkt bei ihnen. Eine Anmeldung über das Internet würde hier Entlastung schaffen.

Diesen Weg gehen immer mehr Kommunen wie Leipzig, Düsseldorf, Langenfeld und Berlin, zukünftig auch Dresden und Hannover. In diesen

Kommunen läuft auch die Anmeldung bei Einrichtungen freier Träger über die zentrale Plattform - und das, obwohl die Träger dazu nicht verpflichtet sind; sie haben sich dem System freiwillig angeschlossen. Die Platzvergabe selbst erfolgt aber wie gehabt durch den jeweiligen Träger.

In einem zweiten Schritt möchten wir als Linke nicht nur die Anmeldung, sondern auch die Vergabe aus einer Hand. Dazu soll die Verwaltung in enger Kooperation mit den freien Trägern ein Konzept erarbeiten und Anreize für diese schaffen; denn solange Betreuungsplätze knapp sind, besteht die Gefahr einer Zweiklassenbetreuung:

- auf der einen Seite die städtischen Kitas, die aufgrund des Rechtsanspruchs für Einjährige alle Kinder aufnehmen müssen; das kann in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf schnell zu einer unausgewogenen sozialen Gruppenstruktur führen; außerdem wird die erlaubte Gruppengröße bereits jetzt ausgereizt, um schnell mehr Plätze zu schaffen
- auf der anderen Seite die freien Träger, die ihre Gruppen nicht überbelegen müssen und auch Einfluss auf die soziale und interkulturelle Struktur der Gruppen haben

Zu einer durchdachten Platzvergabe gehören für uns, DIE LINKE., eine ausgewogene soziale und interkulturelle Struktur der Kindergruppen, die Berücksichtigung der Elternwünsche nach einem Platz in einer bestimmten Kindertagesstätte oder einer wohnort- bzw. arbeitsplatznahen Unterbringung, die Unterbringung von Geschwisterkindern in derselben Einrichtung und die Etablierung von Inklusion als Regel statt Ausnahme.

Wir müssen ein Auseinanderdriften der Systeme - hier städtische Kitas, dort freie Träger - verhindern. Das geht nur über ein Konzept der Vergabe aus einer Hand. Das sind wir den Kindern schuldig, egal wo sie wohnen und welchen kulturellen Hintergrund sie haben.

Meine Damen und Herren, dazu haben die Fraktionen von Grünen und SPD einen kleinen Änderungsantrag eingebracht, den sie gleich vorstellen werden. Wir sind mit dem Änderungsvorschlag einverstanden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Themen, die mit der Bildungskette und Betreuungskette zusammenhängen, sind für uns alle eine besondere Herausforderung. Ich denke, dass es für die meisten von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Weg dahin, der in vielen Bereichen besprochen wird, kaum Differenzen gibt.

Das Ganze ist eine große Herausforderung, liebe Frau Senol. Wir nehmen die Punkte, die Sie geschrieben haben, auch sehr ernst. Ein paar Dinge möchte ich dennoch - Sie haben schon erklärt, dass Sie dem Änderungsantrag zustimmen wollen - zur Begründung sagen, damit wir dem gerecht werden, was schon passiert und was auf den Weg zu bringen ist.

Diese Herausforderung haben wir schon seit einigen Jahren im Jugendhilfeausschuss diskutiert. Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres wurden die ersten Maßnahmen, die Sie aufgeführt haben, auch schon getroffen.

Ich nenne nur einen Punkt, der von besonderer Wichtigkeit ist oder ein besonderes Schlaglicht auf die Situation legt. Am Ende eines Anmeldejahres sind immer 30 Prozent der Eltern schon versorgt. Daher muss man Kindergartenplätze dann neu organisieren und das Vergabe- und Verteilverfahren neu koordinieren. Das ist heute bei den stark steigenden Zahlen besonders schwierig.

Anfang dieses Jahres wurde seitens der Stadt unter anderem ein neues Internetportal eingerichtet. Dort können von den Eltern auch Vormerkungen für ihre Kinder gemacht werden.

Das ist im Fluss. Wir hatten schon bei der letzten Sitzung diskutiert, dass dort natürlich noch weitergearbeitet werden muss - gerade hinsichtlich der verbindlichen Zusage und der Übersicht über die freien Plätze; denn viele Eltern melden sich an vielen Plätzen in dieser Stadt an.

Dieses gilt bislang auch nur für den Bereich der städtischen Kitas. Die Aufgabe, die zu leisten ist, ist die Schaffung einer kompletten Übersicht. Es geht also darum, wie Eltern ihre Kinder in Köln anmelden können und wie sie eine Übersicht erhalten.

Dafür gibt es aber ein gesetzlich geschaffenes Gremium. Dieses Gremium ist zusammen mit den Trägern sowie der Stadtverwaltung auf dem Weg. Es hat auch schon einige Vorschläge gemacht, die inzwischen umgesetzt sind.

So haben wir jetzt beispielsweise eine einheitliche Servicenummer. Außerdem haben wir schon ein Elternbüro zu diesem Punkt. Allein unter dieser Servicenummer konnten im März 2012 knapp 2 500 Anfragen in Sachen Kitavergabe oder Kitaanmeldung beantwortet und auch gelöst werden.

Insofern sind dort bereits enorme Fortschritte geschehen. Das Ganze wird aber noch weiterentwickelt. Diese Gruppe, die sich darum kümmert, ist inzwischen in Gesprächen und wird uns auch laufend darüber unterrichten.

Insofern nehmen wir den Änderungsantrag als eine zusätzliche Aufforderung, dass dieses Thema in diesem Sinne weiterverfolgt wird, nämlich im Sinne einer Koordinierung eines abgestimmten Anmelde- und Vergabeverfahrens.

Da bitte ich jetzt auch um eine kleine Änderung. Wir haben im Beschlusstext nämlich ein Wort vergessen. In der dritten Zeile muss es heißen:

... ein abgestimmtes Anmelde- und Vergabeverfahren ...

Schließlich hört es nicht mit der Anmeldung auf, sondern die Kinder müssen auch angenommen werden bzw. der Platz muss auch vergeben werden. Daher ist unsere Bitte, das Vergabeverfahren in der dritten Zeile des Beschlusstextes noch mit aufzunehmen.

Insofern bitte ich um breite Zustimmung zu diesem noch einmal bekräftigenden Auftrag an die Verwaltung, mit den freien Trägern in einer guten Abstimmung zu weiteren fortschrittlichen Lösungen zu kommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Heinen. - Frau Jahn, bitte.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Dann Herr Dr. Schlieben.

Dr. Nils Helge Schlieben (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist ja fast alles gesagt, nur nicht von jedem. Damit es nicht zu langweilig wird, weil Kirsten Jahn jetzt auch schon verzichtet hat, möchte ich die Überraschung nicht zu groß - -

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich habe nicht verzichtet!)

- Habe ich das falsch verstanden?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich war nur wegen der Reihenfolge
etwas irritiert!)

- Ach so. Du bist ja Antragstellerin; also hättest du natürlich vor mir sprechen können. - Frau Jahn verzichtet also nicht. Das macht nichts.

„Kitaplätze schnell, effizient und transparent vergeben“ - das ist klar. Da sind wir uns auch alle einig.

Nebenbei erwähnt: Wir brauchen bis August nächsten Jahres auch noch 2 900 neue Kitaplätze oder Betreuungsplätze. Dieses Thema wollen wir hier aber nicht aufmachen. Wir haben es ja schon in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sehr fachgerecht diskutiert.

Da möchte ich auch anschließen. Das hier ist ein klassischer Antrag, der auch zur Diskussion in den Jugendhilfeausschuss gehört. Deshalb bin ich unseren Freunden von Rot und Grün sehr dankbar. In diesem Ersetzungsantrag, der dann auch den Jugendhilfeausschuss einbezieht, beauftragen wir die Verwaltung, zusammen mit den im AK 80 organisierten Trägern der freien Jugendhilfe ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Was mir an dem Ersetzungsantrag besser gefällt, ist, dass nicht alle Ergebnisse schon vorweggenommen sind, wie das in dem sehr umfangreichen Antrag der Linken der Fall ist, sondern dass man sagt: Fragt doch mal die Leute, die sich damit auskennen. - Damit meine ich nicht nur die Verwaltung, sondern auch die freien Träger, die ja vielleicht noch neuen Input geben können. Deshalb gefällt mir das sehr gut.

Ralf Heinen hat zu Recht gesagt - das wurde uns im März dieses Jahres bereits im Jugendhilfeausschuss vorgestellt -, wie sich das Verfahren schon verbessert hat. Wir haben auch schon einen Ausblick bekommen, was noch passieren soll. Das fand ich alles sehr gut.

Die Leute vor Ort interessiert aber auch ein weiterer Punkt; denn nicht jeder weiß: Ist das ein städtischer Kindergarten, oder ist das eine Kita in freier Trägerschaft? Wenn wir das Ganze aus einer Hand hinbekämen - was sicherlich nicht von heute auf morgen geht -, würden wir den Eltern einen großen Gefallen tun.

In diesem Sinne verstehe ich den Ersetzungsantrag, dem wir dann sehr gerne auch vonseiten der CDU zustimmen werden, bevor jetzt auch Kirsten Jahn sicherlich ihre Zustimmung erklärt. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Schönen Dank, Herr Dr. Schlieben. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es jetzt auch vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon wahnsinnig viel gesagt worden zu einem Antrag, dessen Ziel eine Selbstverständlichkeit sein sollte - nämlich, dass es für Eltern einfacher wird, ihre Kinder in den Kitas anzumelden.

Mit Blick auf die CDU sage ich noch einmal: Wir haben in den letzten Jahren wahnsinnig viele Kitaplätze geschaffen. Es war manchmal sehr, sehr schwierig - auch auf Grundlage der Situation im Oktober 2010: Ausbaustopp etc.; das hatten wir alles schon. Wir haben hier einen unheimlichen Schwung in der Stadt, was den Ausbau und die Qualitätssteigerung von Kitaplätzen betrifft. Daher müssen wir diese Plätze natürlich schnell und einfach vergeben.

Zwei Punkte, bei denen wir bereits Verbesserungen haben, sind teilweise schon angesprochen worden. So ist das Online-Anmeldeverfahren jetzt am Start. Die Eltern können ihre Kinder dort anmelden. Es wird bald auch mehrsprachig sein, sodass wir wirklich alle Eltern damit einfach erreichen. Auf der Internetseite der Stadt gibt es auch den KiTa-Finder. Dort können Eltern nachgucken, wo sich in Wohnort- und Arbeitsplatznähe Einrichtungen befinden.

Die AK-80-Gruppe hat auf jeden Fall den Vorteil, dass die verschiedenen Träger, die wir in der Stadt haben - nämlich von der kleinen Elterninitiative bis zum sehr großen Träger, die alle sehr Unterschiedliches leisten können und auch unterschiedliche Verfahren haben -, noch

einmal zusammengebündelt werden und gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird.

Ich finde es gut, dass wir das heute alle gemeinsam beschließen können. Ich denke, dass das ein richtiges Zeichen an die Elternschaft ist.

Abschließend noch ein kurzer Hinweis für die Linke: In eurem Antrag steht:

Inklusion soll von der Ausnahme zur Regel werden.

Im Kitabereich ist Inklusion die absolute Regel. Wir haben nur zwei heilpädagogische Einrichtungen. Alle anderen Kinder werden bereits inklusiv in den Einrichtungen betreut und gebildet. Die Kita ist hier ein Vorbild für viele weitere Bildungseinrichtungen. Da sind wir auf einem guten Weg. Das ist auch gut so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Für die FDP Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die Anmeldungen für Kitaplätze schneller als bisher zu bearbeiten. Das haben auch meine Vorredner hier schon festgehalten. Schließlich gilt es, für die Kölner Eltern Planungssicherheit in Bezug auf die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten.

Daher hat die Verwaltung Stellen zugesetzt, die von Herrn Heinen schon erwähnte Rufnummer geschaltet und bereits ein Online-Anmeldeverfahren eingerichtet, welches dem Jugendhilfeausschuss in der März-Sitzung dieses Jahres vorgestellt worden ist. Auch das haben die Kollegen bereits erwähnt.

In dieser Sitzung des JHA ist es nach diesem Vortrag der Verwaltung natürlich zu einer Diskussion gekommen. Auch dort haben wir schon die Einbindung der freien Träger vorgeschlagen, sodass der AK 80 - das ist die besagte Gruppe, von der Herr Heinen gesprochen hat - bereits involviert ist und dieses Thema bearbeiten wird.

Das heißt: Punkt 1 des Antrags wird bereits nach und nach umgesetzt und ist schon in der Mache.

Punkt 2 des Antrags, der darauf abzielt, die Platzvergabe für die freien Träger von der Stadt aus zu regeln, lehnt die FDP ab.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Konzepte aus Düsseldorf und Leipzig, auf die sich die Linken bezogen haben, behalten die Platzvergabe den freien Trägern vor; denn es gibt keinen Anlass, keine Vorfälle, die freien Träger in ihrer Entscheidungskompetenz der Platzvergabe einzuschränken.

Dem Änderungsantrag von Rot-Grün würden wir gerne im Grundsatz zustimmen, obwohl wir der Meinung sind, dass die Einbindung des AK 80 bereits erfolgt und der Antrag dementsprechend überflüssig ist. Er schlägt aber auch nichts.

Da Sie Ihren Antrag gerade noch einmal geändert haben, hoffe ich jedoch, dass die Vergabe der Plätze weiterhin über die freien Träger erfolgen soll. Ich bin nur damit einverstanden, diesem Antrag jetzt zuzustimmen, wenn dies in den AK 80 geht, dort diskutiert wird und dann dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt wird. Eine Vergabe der Plätze der freien Träger über die Stadt lehnt die FDP ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Laufenberg. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag in der von Herrn Heinen mündlich vorgetragenen geänderten Form? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag einstimmig angenommen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Jetzt kommen wir zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 09.02.2012 hier: Nippesbad 0773/2012

Dazu hatte sich Herr Köhler gemeldet.

(Andreas Köhler [CDU]: Nein!)

- Nein, doch nicht? - Dann hat Herr Detjen das Wort. Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Danke schön. - Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Die Versuche, das Bad in Nippes zu erhalten, sind gescheitert. Das Bad wird gerade demontiert. Insofern erledigt sich dieser Antrag der Bezirksvertretung, den wir im Prinzip unterstützen, gerade. Der Wille der Nippeser Bevölkerung ist in gewisser Weise missachtet und mit Füßen getreten worden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:
Hey!)

- Ja, das würde ich schon so sagen. Ich bin zwar Ehrenfelder, kann das aber aus unserem Stadtbezirk, der direkt daneben liegt, durchaus mitverfolgen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Ehrenfeld daneben liegt, sogar besonders gut!)

Daher kann ich sagen: Es ist schade, dass das so ausgegangen ist, dass Voten des Bürgerhaushalts nicht beachtet worden sind usw. - Aber das haben wir hier schon oft diskutiert; das will ich nicht weiter ausführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir wäre es ein Anliegen, im Rat und auch im Aufsichtsrat darüber nachzudenken, inwiefern es perspektivisch die Chance gibt, dass wir in Nippes ein neues Bad bekommen.

(Beifall bei der Linken - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In Nippes?)

- Kollege Frank, wenn wir noch nicht einmal über Perspektiven nachdenken, dann ist es im Rat natürlich weit gekommen. Insofern gestatte ich mir diesen Hinweis. Ich möchte das Thema ja nur ansprechen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Köln ist die Stadt mit der höchsten Bäderdichte!)

- Es ist mir völlig klar, dass es Informationen gibt, dass wir Bäder haben. Köln ist die Stadt mit der vierthöchsten Dichte. Wir erreichen aber nicht einmal den Richtwert von 1m² Wasserfläche pro 100 Einwohner. Das ist aber gar nicht die Frage. Kollege Frank, Sie sind aber auch Mitglied im Aufsichtsrat des Stadtwerke-Konzerns. Und Sie,

Herr Dr. Steinkamp, werden auch mit Interesse verfolgen, dass die Verluste der KölnBäder GmbH gestiegen sind. Das liegt ja nicht daran, dass das Nippesbad Unmengen von Millionenbeträgen verschlungen hat, sondern einfach daran, dass wir ein Bad gebaut haben, das enorm teuer ist.

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Was heißt Bäder und öffentliche Daseinsvorsorge? Meine Meinung ist: Solche Bäder sehe ich nicht als öffentliche Daseinsvorsorge an; da stelle ich mir andere Bäder vor. Das muss meines Erachtens kritisch diskutiert werden. Es wird uns weiter beschäftigen.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

Wir wissen alle, Herr Kron, dass in Nippes zum Beispiel eine Schule gebaut wird. Es würde natürlich Sinn machen, wenn man Verbindungen zwischen Schulen und Schwimmbädern schafft, um insgesamt die Kosten überschaubar zu halten.

Diese Diskussion würde ich mir in Zukunft wünschen. Ich würde mir eigentlich auch mehr Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat der Bäder in dieser Frage wünschen. Der Kollege Köhler ist da ja sehr engagiert. Das ist gar keine Frage. Sie haben sich auch gegen die Schließung der Bäder ausgesprochen. Aber vonseiten der Sozialdemokraten würde ich mir doch mehr Aufmerksamkeit in dieser Frage wünschen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das Bad in der Lentstraße ist doch für alle zugänglich!)

Lassen Sie uns das Thema „Bäder und öffentliche Daseinsvorsorge in Nippes im Verbund mit dem Ausbau von Gesamtschulen“ also immer im Auge behalten. Vielleicht gibt es ja irgendwann den Moment, in dem man sagen kann: Das müssen wir jetzt diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Detjen. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz vom Platz

aus: Erstens. Ich möchte ebenfalls zutiefst bedauern, dass dort jetzt Fakten geschaffen werden, noch bevor solche Anträge behandelt werden. Genauso wie Herr Detjen möchte auch ich noch einmal an den Bürgerhaushalt erinnern. Dort ist dieser Vorschlag im Bereich Jugend auf Platz eins gewählt worden - und wir reißen das Bad ab, noch ehe wir den Bürgerhaushalt überhaupt hier im Rat behandeln. Das halte ich für wirklich keinen ordentlichen Umgang mit dem Bürgerwillen.

Zweitens. Im Verkehrsausschuss stand neulich die Anbindung des Lentparks auf der Tagesordnung. Dort hat die KVB berichtet, dass sie große Probleme hat, das Bad von Nippes aus ordentlich anzubinden, also sicherzustellen, dass überhaupt eine Buslinie aus Nippes heraus zu diesem Bad führt. Ich bitte doch, darauf zu achten, dass gewährleistet wird, dass es eine ordentliche verkehrliche Anbindung des neuen Bades an Nippes gibt. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen, und zwar wie Vorlage der Verwaltung. Damit alle hier in Schwung kommen, frage ich: Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Linke, pro Köln und Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Verwaltungsvorlage angenommen, und der Antrag der Bezirksvertretung ist abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Akquise von Grundstücken für den Bau von Kindertageseinrichtungen“ AN/0544/2012

**Antwort der Verwaltung vom 15.05.2012
1875/2012/2**

Gibt es zu der Antwort der Verwaltung noch Nachfragen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir nehmen das zur Kenntnis!)

Frau Dr. Klein, möchten Sie noch etwas dazu sagen?

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ja. - Wir mussten da ja umfänglich recherchieren, weil wir alle Grundstücke auflisten mussten, was wir jetzt in dieser Beantwortung getan haben. Das hat natürlich auch einige Zeit in Anspruch genommen.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass sich eine weitere Liste unter TOP 22.1 im nichtöffentlichen Teil befindet. Das sind die Grundstücke, die noch in Rede stehen. Diese Grundstücke haben wir nichtöffentlich behandelt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir gucken uns das an und kommen darauf zurück!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank.

Nun rufe ich auf:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Reinigung städtischer Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen“ AN/0714/2012

Die mündliche Beantwortung erfolgt durch den Stadtdirektor. Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Anfrage der CDU-Fraktion beantworten.

Zu Frage 1: Sie werden im Veränderungsnachweis 3, der Sie voraussichtlich am Freitag erreichen wird, vorfinden, dass dort entsprechende Beträge aufgenommen sind: 750 000 Euro für das laufende Jahr 2012 und 1,5 Millionen Euro für die Folgejahre 2013, 2014 und 2015.

Wir können sicherstellen, dass bei einer Beschlussfassung durch Sie zum Haushalt 2012 am 26. Juni dieses Jahres die laufenden Verträge in den Bereichen, wo wir den zusätzlichen Reinigungsbedarf definiert haben, angepasst werden. Das werden wir in den Verträgen zum 1. Juli 2012 dann verankert haben.

Für die Verträge, die zurzeit in der Ausschreibung sind - das ist der TOP 24.3 -, werden wir diesen zusätzlichen DIN-gerechten Aufwand optional schon mit aufnehmen. Für die zukünftigen Ausschreibungen werden wir dann

natürlich auch diesen Standard - gute Reinigungsleistungen - zugrunde legen können.

Damit ist auch die Frage 2 beantwortet, welcher Reinigungsstandard dann zugrunde gelegt werden soll.

Die Frage 3 ist damit auch beantwortet. Mit der Verabschiedung des Haushalts ist auf der Grundlage des VN 3 dann auch in den Schulen und Kindertagesstätten, die bisher noch nicht mit guten Reinigungsleistungen beurteilt sind, dieser Standard erreicht. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank für die Beantwortung dieser Anfrage, Herr Stadtdirektor.

Dann gehen in der Tagesordnung weiter und kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Aufhebung der Sanierungssatzung Eigelstein 4933/2011

Da keine Wortmeldungen zu sehen sind, lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Dann ist diese Satzungsaufhebung beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung 0992/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch das einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Aufhebung der Kostenordnung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 0817/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

6.2.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln bzgl. Erhöhung der Eintrittsentgelte, neuer Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums und der Konkretisierung „Freier Eintritte“ 0082/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Nun rufe ich auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Theodor-Heuss-Ring bis Ölhafen 0103/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

6.3.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Deutz, Eigelstein, Innenstadt, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Braunsfeld, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Kalk, Rath-Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim 0983/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer war der Erste? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin, wir würden gerne abstimmen wie Anlage 7. Die Ehrenfelder hatten ja noch einen zusätzlichen Termin aufgenommen. Das ist dort von allen Fraktionen einstimmig angenommen worden. Dem sollte der Rat doch folgen. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Herr van Geffen.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Bürgermeisterin, wir beantragen, Ehrenfeld hier explizit auszunehmen und den Rest dann entsprechend zu beschließen. Wir haben es hier ja mit einer Vorlage auf Basis der alten Rechtsgrundlage von Schwarz-Gelb aus dem Jahre 2006 zu tun. Die Evaluierung läuft. Wir gehen davon aus, dass wir in Kürze ein neues Ladenschlussgesetz bekommen werden, in dem dann auch dem besonderen Schutz des Sonntags mehr Rechnung getragen wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist wie Anlage 6!)

Insofern denken wir als SPD-Fraktion, dass wir mit der Beschlussvorlage der Verwaltung hier in die richtige Richtung gehen. Wie gesagt, wollen wir aber ausdrücklich, dass Ehrenfeld an dieser Stelle ausgenommen wird, weil es da mit Sicherheit noch Klärungsbedarf gibt. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr van Geffen. - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich hätte von Ihnen jetzt gerne ganz genau gewusst, in welcher Form wir abstimmen, also welche Veränderung darin enthalten ist, damit genauestens klar ist, worüber wir abstimmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich Ihnen hier vorschlage, unabhängig von dem gestrigen Votum der Bezirksvertretung Ehrenfeld abzustimmen. Wir haben bis jetzt keinen Antrag der Veranstalter, auf die sich die Bezirksvertretung Ehrenfeld beruft. Ich habe heute auch vergeblich versuchen lassen, mit den beiden Veranstaltern telefonisch Kontakt aufzunehmen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir jetzt Planungssicherheit für die anderen antragstellenden Veranstalter geben.

Ich sage Ihnen zu: Wenn sich da noch ein Handlungsbedarf ergeben sollte, werden wir versuchen, dem Rechnung zu tragen.

Auf der anderen Seite geht es, glaube ich, nicht, dass wir Ihnen jetzt ohne Begründung eine Entscheidung abverlangen, bei der Sie keinen Abwägungsprozess vornehmen können. Meines Erachtens muss das im Interesse der Gleichbehandlung aller Veranstalter schon gleich sein.

Deshalb lautet meine herzliche Bitte, wie Verwaltungsvorlage - ohne jegliche Änderung - abzustimmen.

Wenn wir den Eindruck haben, dass wir da noch nachjustieren müssen, werden wir noch einmal auf Sie zukommen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Okay!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Also wie Anlage 6.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Anlage 6 ist die Verwaltungsvorlage!)

- Wie Verwaltungsvorlage. - Noch einmal Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Stadtdirektor, nach Ihren Worten wird unsere Fraktion dem auch folgen. Ich appelliere aber an Sie - Sie haben das gerade auch zugesagt -, tätig zu werden, wenn die Veranstalter da sind; denn das, was ich von der SPD gehört habe, war ja eine andere Argumentation.

(Beifall bei der FDP)

Die Veranstaltung in der Landmannstraße findet bereits am 1. Juli 2012 statt. Ich kann mir zwar vorstellen, dass SPD und Grüne schnell verhandeln; und Sie haben ja einen guten Draht zur Landesregierung, Herr Stadtdirektor. Aber dass sie schon bis zum 1. Juli dieses Jahres Gesetzesvorlagen einbringen und in der dritten Lesung verabschieden? Da müssen Sie mir aus Ihrer Verwaltungserfahrung doch recht geben: Das schafft selbst Turbo-Rot-Grün nicht.

Bitte denken Sie an die Menschen in Ehrenfeld. Ermöglichen Sie ihnen die Gleichbehandlung, und machen Sie nicht im vorausseilenden Gehorsam schon etwas.

(Beifall bei der FDP)

Da möchte ich nur an Sie appellieren. Mehr können wir nicht tun. - Danke schön, Herr Stadtdirektor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite, wir haben folgende Situation: Der zusätzliche verkaufsoffene Sonntag am 1. Juli 2012 hat den Vorteil, dass an diesem Tag bereits von anderen Veranstaltern Feste geplant sind, die auch in der ordnungsbehördlichen Verordnung, die Ihnen heute zur Genehmigung vorliegt, berücksichtigt sind. Bei dem verkaufsoffenen Sonntag am 12. August 2012 haben wir aber in der Tat das Problem, dass wir damit die Zahl der 20 zugelassenen Sonntage in diesem Jahr überschreiten würden.

Wir haben natürlich ein hohes Interesse - Sie kennen die Diskussion -, möglichst die Zahl der - ich darf das in Anführungszeichen sagen - „bespielten“ Sonntage zu reduzieren. Wie Sie wissen, haben wir uns da auf einen guten Weg gemacht, die Zahl von 32 „bespielten“ Sonntagen im Jahr 2005 auf 20 „bespielte“ Sonntage in diesem Jahr zu reduzieren.

Deshalb ist der 1. Juli 2012 aus meiner Sicht unproblematischer als der 12. August 2012, der einen zusätzlichen „bespielten“ Sonntag bedeuten würde. Wenn man es hinbekäme, dieses Datum auf einen bereits hier im Programm vorgesehenen Sonntag zu verändern, wäre das sicherlich einfacher.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank für die Klärung, Herr Stadtdirektor. - Noch einmal Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Breite, noch einmal deutlich zur Klarstellung - vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt, oder Sie haben mich nicht richtig verstanden -: Ich habe eine grundsätzliche Anmerkung zum Thema gemacht. Uns geht es darum, dass wir hier nicht über die Zahl der 20 von der Verwaltung jetzt in der Beschlussvorlage vorgegebenen Sonntage hinausgehen wollen.

Deswegen macht es Sinn, so zu verfahren, wie der Stadtdirektor das gerade vorgeschlagen hat.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herrscht darüber jetzt Einigkeit? Hat jeder jeden verstanden? - Wunderbar.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte ich jetzt darüber abstimmen lassen - wie Anlage 6, um das noch einmal deutlich zu sagen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Nun rufe ich auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2012 gemäß § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 in analoger Anwendung 1687/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Jetzt kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Wir hatten uns darauf verständigt, TOP 10.19 vorzuziehen und als TOP 10.0 zu behandeln. Daher rufe ich jetzt auf:

10.0 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm 1295/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Gärtner meldet sich zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Vertagung in die Haushaltsplanberatungen. Dieses Programm wird nämlich so hohe Kosten für die Stadt verursachen, dass man es nicht losgelöst davon sehen kann. Deshalb möchten wir es erst mit dem Haushalt und nicht schon heute beraten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bevor wir darüber abstimmen, frage ich: Gegenrede?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Formall)

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich weise darauf hin, dass der Finanzausschuss bereits gestern diese Vorlage beschlossen hat - mit allen notwendigen Ergänzungen und mit dem klaren Votum, dass diese Vorlage heute den Rat erreichen soll und auch hier entschieden werden soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Daher kommen wir jetzt zur Behandlung von TOP 10.0 statt 10.19. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe CDU, auch wenn man drei Mal etwas versucht, kann es schiefgehen. Nach den Versuchen im Sozialausschuss und im Finanzausschuss haben Sie jetzt im Rat probiert, das Ganze in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen. Das hat leider nicht geklappt. Es ist aber auch besser so, glaube ich.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.]

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zunächst ein Kompliment an unsere Stadtverwaltung. Mit dieser Beschlussvorlage zum Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm hat sie unseren Ratsbeschluss vom 13. Oktober 2011 mustergültig umgesetzt und so mit harten Daten und Fakten hinterlegt, dass wir alle - alle! - dieser Vorlage mit gutem Gewissen zustimmen können.

(Beifall von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Und wenn wir das gleich tun - und ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung -, dann kann dieser 15. Mai 2012 ein wirklich guter Tag für Köln und seine Bürgerinnen und Bürger werden; denn mit diesem Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung kommen wir

unserem Ziel der Sozialen Stadt Köln ein gutes Stück näher.

Wir haben die Diskussion über die kommunale Wohnungsbauförderung bereits in der Sitzung am 13. Oktober 2011 sehr ausführlich geführt. Immerhin nimmt die entsprechende Passage im Wortprotokoll 13 Seiten ein. Das sind mehr als 10 Prozent des gesamten Ratsprotokolls. Ich möchte mich auch nicht unbedingt wiederholen. Deshalb heute nur so viel:

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass wir wieder in die Wohnungsbauförderung einsteigen - wir hatten das ja schon einmal -; denn das Dach über dem Kopf ist ein Grundrecht, und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum gehört zur Daseinsvorsorge. Dieser Verpflichtung kommen wir mit unserem Beschluss ein Stück mehr nach. 1 000 Wohnungen pro Jahr sind vielleicht immer noch nicht genug; es ist aber deutlich mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass wir in die sozialraumverträgliche Verteilung von öffentlich gefördertem Wohnraum einsteigen, damit Sozialwohnungen nicht immer nur da entstehen, wo es billig ist und wo es einen hohen Bestand gibt. Durch die gestaffelte Subventionierung des Erwerbs von nicht städtischen Grundstücken anhand des Förderatlasses, den wir gleich auch mitbeschließen, erreichen wir, dass auch Grundstücke in den besseren Lagen wieder für den sozialen Wohnungsbau interessant werden. Dadurch schaffen wir eine bessere Durchmischung armer und reicherer Bevölkerungsschichten und verhindern wir Sozialwohnungsgettos in unserer Stadt.

Es ist gut für die Menschen in Köln, dass es auch Anreize für den Bau von barrierefreien Sozialwohnungen gibt; denn älter werden wir alle - hoffentlich.

Für diejenigen unter Ihnen, die eher wirtschaftspolitisch orientiert sind, habe ich auch noch einige Anmerkungen.

Ja, es ist richtig; wir nehmen eine Menge Geld in die Hand, und das fällt in Zeiten knapper Kassen nicht leicht. Aber ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist eben auch ein Standortfaktor für eine wachsende Stadt wie Köln. Ich kann nun einmal nur dort wohnen, wo ich es mir leisten kann. Und wie die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt aussieht, muss ich Ihnen nicht erzählen. Da sorgt unser kommunales

Wohnungsbauprogramm nicht nur ganz konkret für Entlastungen durch die Bereitstellung von Wohnraum; nein, durch die im Vergleich zu dem frei finanzierten Wohnungsbau deutlich niedrigeren Mieten wird auch ein Stück Druck aus dem Kessel der ständigen Mietpreissteigerungen genommen, und Wohnen bleibt in dieser Stadt für alle erschwinglicher.

Dass das Ganze aber auch ein großes Programm zur Belebung der lokalen Wirtschaft und zum Erhalt oder sogar zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, sollten wir bei unserer Entscheidung ebenfalls nicht vergessen - genauso wenig wie die Tatsache, dass Menschen, die weniger Geld für die Miete ausgeben, mehr Geld in der Tasche haben, um zu konsumieren und die Kölner Wirtschaft am Laufen zu halten.

Meine Damen und Herren, so oder so, sozial- oder kommunalpolitisch betrachtet - der Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung nutzt dieser Stadt. Deshalb werbe ich noch einmal herzlich um Ihre Zustimmung. - Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Leider war die Ratsmehrheit nicht bereit, unserem Antrag auf Vertagung in die Haushaltsplanberatungen zu folgen. Herr Paetzold, das ist aber alles andere als gut.

Warum dies nämlich eigentlich unumgänglich ist, sagt schon die Verwaltungsvorlage selbst, die einen geradezu genialen Deckungsvorschlag enthält. Ich zitiere aus der Vorlage:

Die Finanzierung des Gesamtkonzepts geht zu Lasten des Gesamthaushalts bzw. erhöht das bereits bestehende Defizit.

Das ist doch wirklich ein genialer Deckungsvorschlag.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Um Schlimmeres zu verhindern!)

Damit zeigt die Kämmerin, dass sie vor dem Antrag von Rot-Grün aus der Ratssitzung Mitte Oktober letzten Jahres, das vorliegende Programm aufzustellen, kapitulieren musste.

(Martin Börschel [SPD]: Warum kapitulieren? Sie muss es umsetzen!)

Sie von Rot-Grün wollen, dass die Stadt ihr eigenes Defizit erhöht, um gekürzte Landesmittel auszugleichen.

Auch inhaltlich bleiben viele Fragen offen. Der Programmwurf hat unsere in der Ratssitzung Mitte Oktober letzten Jahres vorgebrachten Bedenken nicht zerstreuen können.

Ich will hier nicht ausführlich alle Argumente wiederholen, die wir damals vorgebracht haben. Deshalb nur ein kurzes Statement:

Sie wollen massive Eingriffe in die Wohnungs- und Grundstückswirtschaft vornehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, so ein Quatsch! Wieder dieses Märchen! - Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habt ihr doch gemacht!)

Dies wird zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen, aber die Zahl der Wohnungen unter dem Strich nicht wirksam erhöhen.

Eine Kosten-Nutzen-Berechnung fehlt völlig.

Mit Ihrem Förderatlas stigmatisieren Sie sogar eine Reihe von Stadtteilen und damit auch deren Bewohnerinnen und Bewohner. Herr Paetzold, hier geht es überhaupt nicht um den Gegensatz zwischen Wirtschaft und Sozialem. Nur: Mit diesem Programm können Sie gar keinen sozialen Fortschritt erreichen.

Deshalb sagen wir: Lassen Sie die Finger weg von einem solchen teuren, ineffizienten und sogar schädlichen Programm. Sorgen Sie - und da spreche ich insbesondere Sie an, Herr Börschel - lieber im Landtag dafür, dass die Stadt wieder das Geld erhält, das die schwarz-gelbe Vorgängerregierung dafür zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Die Stadt hat im letzten Jahr so viel bekommen wie in fünf Jahren Schwarz-Gelb nicht! Das ist doch Autosuggestion, Frau Gärtner!)

Den Ersatz gestrichener Landesmittel aus dem Stadtsäckel - und das auch noch außerhalb der Haushaltsplanberatungen - lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Gärtner. - Frau Moritz, bitte. - Entschuldigung; das waren gerade zwei Hände bei der FDP.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin, ich habe nur eine kurze Zwischenfrage. Ich bin ja noch nicht so lange im Rat.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug betritt den Ratssaal)

- Ah ja; dann bin ich ja beruhigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: War das jetzt ein Geschäftsordnungsantrag? Hatten Sie deswegen beide Hände oben?

Reinhard Houben (FDP): Ja, Frau Bürgermeisterin. Der Geschäftsordnungsantrag hat sich aber erledigt, weil die Kämmerin gerade gekommen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Okay; danke schön. - Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss jetzt ein bisschen von meiner geplanten Rede abweichen; denn ich finde es ärgerlich, dass Ihr Gedächtnis so kurz ist. Denn genau das, was Sie heute gesagt haben, Frau Gärtner, haben Sie im Oktober letzten Jahres auch gesagt, und Herr Börschel hat sich die Mühe gemacht, Ihnen wirklich ganz ausführlich zu erklären, wie es sich mit dem Landesbauvermögen und dem Transfer zur NRW.BANK verhält, wie das mit dem Eigenkapitalbedarf der NRW.BANK zusammenhängt und warum das, was Sie da herausgenommen haben, eigentlich viel zu viel war, weil Sie nämlich verzehrt haben.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das stimmt doch alles nicht!)

- Wenn Sie es immer noch nicht verstehen, würde ich mich bereit erklären - ich habe mich

nämlich gut vorbereitet -, noch einmal das vorzulesen, was Herr Börschel Ihnen erklärt hat - didaktisch wirklich gut erklärt hat, finde ich; und das kann ich beurteilen.

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das braucht doch nicht richtig zu sein!)

- Wenn Sie immer wieder so einen Unsinn behaupten, dann muss ich Sie belehren.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann aber auch darauf verweisen. Jeder, der lesen kann, kann das ja nachlesen. Dann schenke ich mir das.

(Ursula Gärtner [CDU]: Dann lesen Sie auch einmal das, was die CDU dazu gesagt hat!)

- Ich habe auch alles das gelesen, was die CDU dazu gesagt hat. Und ich muss sagen: Dabei kommt die CDU schlecht weg.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir können uns aber auch darauf einigen - wir wollen ja heute nicht böse sein -, dass ich eine ganz normale Rede halte. Dann hören Sie aber bitte auf, immer dazwischenzubrüllen, dass die CDU in Bezug auf die Wohnungsbauförderung so viel Gutes über das Land geschickt hat. Ich kann mich nämlich noch erinnern, dass Ihre Meinung war: Wir brauchen gar nicht so viel Wohnungsbauförderung;

(Martin Börschel [SPD]: Außer im Münsterland!)

wir müssen nur die allergrößten Notfälle am Markt versorgen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ich möchte Sie an dieser Stelle auf etwas anderes aufmerksam machen, nämlich auf die angespannte Lage, die wir in Köln zurzeit haben, und zwar nicht erst seit heute. Wir beschäftigen uns auch nicht erst seit heute damit. Wir haben 2005, 2007, 2009 und 2011, also alle zwei Jahre, jeweils einen wohnungsbaupolitischen Antrag gestellt und dann geschaut, ob die Maßnahmen, die wir ergreifen, das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben. Und siehe da: Die Stützungsmaßnahmen, die Subventionierung,

die Anreize waren nicht stark genug, um die Lage tatsächlich zu verändern.

Auch das, was wir heute beschließen, ist nur ein weiteres Instrument, um die Zielzahl von 1 000 Wohnungen zu erreichen. Herr Detjen hat in seiner Rede bei der letzten Sitzung Herrn Corneth zitiert, der für den Mieterverein Köln darauf hingewiesen hat, dass wir eigentlich 2 000 brauchen. Davon sind wir aber weit entfernt.

Deshalb müssen wir uns etwas anderes einfallen lassen, Herr Klipper. Wir müssen uns wirklich etwas anderes einfallen lassen; denn diese Lage betrifft über 40 Prozent der Kölner Bevölkerung. Über 40 Prozent der Kölner Bevölkerung können sich nicht normal und ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum versorgen.

Die knappen Flächen, die wir in Köln haben - da hat die CDU ja recht; wir haben knappe Flächen -, sowie die hohe und sogar noch wachsende Nachfrage führen weiter dazu, dass die Preise in die Höhe getrieben werden, was die Lage zusätzlich verschärft.

Wenn Sie sich vorbereitet haben, wissen Sie, dass auch andere Wachstumsregionen in Deutschland, besonders die großen Städte, solche Programme auflegen. Als Beispiele nenne ich nur einmal München, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart. Das sind Städte, die prosperieren. Diese Städte kennen Sie. Sie werfen uns oft vor - beispielsweise in der Opern-Debatte -, dass wir uns an diesen Städten ein Beispiel nehmen sollen. Wir gucken nicht nur auf die Oper, sondern auch auf bezahlbaren Wohnraum und versuchen auch da, von anderen zu lernen. Auch diese Städte machen es so, dass sie kommunale Wohnungsbauförderungsprogramme auflegen. Das versuchen wir jetzt auch. Wir hoffen, dass wir damit die Zielzahlen erreichen.

Die Vorlage sagt aber nicht nur, dass wir die Zielzahlen erreichen wollen, sondern auch, dass wir, anders als früher, öffentlich geförderte Wohnungen in Viertel einmischen wollen, die heute sozusagen sozialwohnungsfrei sind. Es ist nämlich ein Phänomen in Köln, dass wir eine immer stärkere Entmischung bekommen - und das ist genau das Gegenteil einer urbanen und lebendigen Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Leiter des Wohnungsamtes hat uns versichert, dass er im letzten Jahr und auch im vorletzten Jahr über

genügend Anträge verfügte, die aber nicht mehr aus dem Landeswohnungsbauvermögen per Darlehen bedient werden konnten. Daher können wir hoffentlich - das hoffe ich sehr - davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren mehr Wohnraum herstellen können.

Ich sage aber auch: Wir müssen uns die Zahlen am Ende eines Jahres genau angucken. Dazu wird in den Fachausschüssen berichtet. Falls das nicht gelingt, können wir uns damit dann auch nicht abfinden.

Die Blockierhaltung von CDU und FDP, was Baulandmodelle und städtebauliche Verträge zur Verpflichtung privater Investoren betrifft, die wir hier in Köln haben - die wir nicht in Frankfurt, nicht in Stuttgart, nicht in Hamburg und nicht in München haben, aber in Köln -,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

verhindert, dass dieser Mangel kurzfristig oder mittelfristig behoben wird.

Diesen Mangel können wir aus zwei Gründen nicht akzeptieren: erstens aus sozialer Verantwortung und zweitens, weil das langsam auch zu einem Standortnachteil für Köln und für die Kölner Wirtschaft wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU] - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann machen Sie es doch bitte, Frau Moritz, und fordern Sie nicht immer weniger, wie es gestern wieder passiert ist! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Dann stimmt doch zu!)

- Herr Klipper, ich bin ja immer froh über Einwände. Aber wenn zwei verschiedene kommen, muss ich mich auf einen konzentrieren. Herr Elster warf gerade ein: Wieso nehmen Sie Rücksicht darauf, wenn die Opposition blockiert? Dazu darf ich kurz etwas sagen, Herr Elster. In München hat zum Beispiel die CSU mit für das Baulandmodell gestimmt. Im Übrigen haben wir gerade über Nichtraucherschutz geredet. Offensichtlich ist die bayerische CSU auch noch zu anderen Dingen in der Lage.

Ich möchte jetzt aber meine Rede beenden, weil meine Redezeit zu Ende ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Schönen Dank, Frau Moritz. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich muss schon sagen: Ich finde es sehr fürsorglich von Herrn Börschel und Frau Moritz, dass sie immer meinen, Frau Gärtner und mir erklären zu müssen, wie das denn eigentlich mit der Finanzierung der Wohnraumförderung im Lande auszusehen hat.

Es ist doch ganz klar. Das sieht man schon allein in Ihrer Vorlage, die wir heute beschließen sollen. Darin steht nämlich - ich zitiere aus der Vorlage -:

Das Land hat den Ansatz für die Wohnraumförderung in NRW von der zeitweisen Überschreitung auf bis zu 1 Mrd. € nicht weiter fortgesetzt, sondern diesen Ansatz ab 2011

- da war doch irgendein Regierungswechsel, wenn ich mich recht erinnere -

wieder auf 800 Mio. € zurückgeführt.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, weil Sie das Geld ausgegeben haben! Das ist doch nicht so schwer zu verstehen!)

Meine lieben Damen und Herren, es hat also etwas mit politischem Willen zu tun. Und der politische Wille von Rot und Grün, den sozialen Wohnungsbau zu finanzieren, war nicht mehr da.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Um so etwas zu sagen, sind Sie eigentlich zu klug!)

Das ist in der Vorlage ja sehr gut dargelegt.

Aufgrund der gesunkenen Wohnraumförderung des Landes können statt 1 000 nur noch 650 Wohnungen errichtet werden.

Nachdenklich stimmt mich folgender Satz in der Vorlage - ich zitiere auch hier -:

Trotz großzügiger Berücksichtigung der Kölner Interessen durch das Ministerium ist davon auszugehen, dass dauerhaft nur Mittel für 650 Wohnungen bereitgestellt werden können.

Das ist eine Formulierung, die sich auch Herr Oberbürgermeister Roters zu eigen gemacht hat.

Ich sage ganz offen, dass ich da schon meine Probleme habe. 1 000 Sozialwohnungen jährlich unter Schwarz-Gelb, 650 Wohnungen unter Rot-Grün: Wenn man dies als großzügig bezeichnet, mag ich mir gar nicht vorstellen, wie das aussieht, wenn uns SPD und Grüne in Düsseldorf mal nicht großzügig behandeln.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist in der Tat eines der zentralen sozialen Probleme unserer Stadt. Dieses Problem resultiert aus Umständen, die an sich recht positiv sind. Wir sind eine wachsende Stadt, in der sich junge Familien ansiedeln und die auch für junge Menschen, die hier studieren wollen, attraktiv ist.

Gerade beim studentischen Wohnungsbau werden wir in einem Jahr, wenn der doppelte Abiturjahrgang an die Unis drängt, vor enormen Herausforderungen stehen.

Schade ist nur, dass auch hier in Köln von der Landesebene nicht die nötige Unterstützung kommt. So hat laut *Kölner Stadt-Anzeiger* Ministerpräsidentin Kraft bei ihrem Wahlkampfbesuch in Köln der Forderung nach weiteren Studentenwohnheimen mit dem Hinweis auf sinkende Kinderzahlen eine klare Abfuhr erteilt.

(Zurufe von der FDP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das Land hat Köln in eine schwierige Situation gebracht. Wie reagieren wir darauf?

Das hier vorgelegte Wohnungsbauförderungsprogramm hält die FDP nicht für den richtigen Ansatz. Ich sage Ihnen auch, warum: Wir halten es für unverantwortlich, in der jetzigen Haushaltslage Jahr für Jahr 35 Millionen Euro für dieses Programm zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, gestatten Sie mir auch ein Wort zum Verfahren. Es ist schon bemerkenswert, wie schnell der Ratsantrag von Rot-Grün zum städtischen Wohnungsbauprogramm in eine Vorlage umgesetzt wurde -

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Bravo! - Beifall bei der SPD)

eine Vorlage von enormer finanzieller Tragweite, die nun im Hauruckverfahren noch vor den

Haushaltsberatungen durch den Rat gebracht werden soll.

Die FDP ist der Auffassung, dass man auch im sozialen Wohnungsbau ernsthaft über Standardreduzierungen nachdenken sollte. In der jetzigen Situation gilt es, möglichst viele Wohnungen zu bauen. Aber nicht alle müssen über den Höchststandard verfügen.

Darüber hinaus dürfen wir private Investoren im sozialen Wohnungsbau nicht durch städtische Vorgaben und Vorschriften verprellen. Ich nenne hier nur das Stichwort Zweckentfremdungs- und Überlassungsverordnung.

Die FDP will nicht, dass die Kölner und Kölnerinnen zwei Mal unter den Folgen rot-grüner Politik zu leiden haben -

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

erst die rot-grünen Kürzungen auf Landesebene

(Martin Börschel [SPD]: Das war Schwarz-Gelb vorher!)

und dann jährlich 35 Millionen Euro neue Schulden für den städtischen Haushalt. Deshalb werden wir die Vorlage ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Ratssitzung am 13. Oktober 2011 ein größeres Wohnungsbauprogramm gefordert, als es in Ihrer Vorlage enthalten ist, mit dem bis zu 1 350 Wohnungen hätten gebaut werden können. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Trotzdem ist es für uns selbstverständlich, dass wir diese Vorlage so, wie sie hier vom Oberbürgermeister vorgelegt wurde, unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch gemeinsam mit der Verwaltung und dem Oberbürgermeister an der Umsetzung dieses Programms arbeiten. Verstehen Sie es also bitte nicht so, dass wir herummäkeln werden. Wenn wir Kritik üben werden, dann sind das Anregungen, damit wir dieses Programm auch tatsächlich durchsetzen können. Uns ist völlig klar, dass es schwer genug ist, dafür zu sorgen, dass das auch tatsächlich alles passiert.

Dann werden wir im Jahre 2015 darüber diskutieren, wie wir weitermachen. Das ist die Situation, und das müssen wir machen. Dann werden wir auch diskutieren und wieder fragen, ob wir da nicht mehr machen können usw. Das werden wir dann im Lichte dieser Erfahrungen diskutieren.

Meine Damen und Herren, deswegen können Sie davon ausgehen, dass wir voll dabei sind. Wir werden das entsprechend mit durchsetzen und dafür sorgen, dass es auch stattfindet.

Wir freuen uns auch, dass Herr Corneth vom Mieterverein Köln diese Vorlage und diese Politik voll unterstützt.

Leider konnte er sich nicht in der CDU durchsetzen. Die CDU trägt diese Vorlage also nicht mit. Das ist leider so. Spannend fand ich, dass in den Diskussionen, die im Landtagswahlkampf geführt wurden, einzelne CDU-Kandidaten dieses Programm, das jetzt angelegt wird, sogar positiv unterstützt haben. Das hat mich sehr gefreut. Die Ratsfraktion kommt aber nicht zur Besinnung und will einfach weitermachen.

Kollege Klipper, deshalb finde ich auch Ihr Argument, Köln werde mit diesem 35-Millionen-Euro-Programm zu einer Bank, völlig deplatziert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Diesen Vergleich haben Sie angestellt. Das steht so im Protokoll. Dann müssen Sie eben die Protokolle des Ausschusses lesen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Gucken Sie nach; das stand darin. - Ich finde eine solche Äußerung deplatziert. Das bringt es nicht. Schließlich gibt es Bestimmungen der Wohnraum - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Erzählen Sie nicht etwas Falsches!)

- Gut; wenn Sie sich davon distanzieren, ist das umso besser. Dann nehme ich alles zurück. Dann sind wir uns ja einig.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper, dann sind wir uns doch einig, dass die Stadt Köln hier nicht als Bank auftritt, sondern als Förderer des sozialen Wohnungsbaus, als

Investor. Das ist in Ordnung. Ich nehme alles zurück.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie sind aber auch nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Debatte, die bei Ihnen auf Landesebene geführt wird, macht mir nämlich schon ein bisschen Sorgen. Ich möchte Sie daher Folgendes fragen: Der Kollege Priggen hat Ende April dieses Jahres erläutert, dass das Wohnungsbauprogramm um 200 Millionen Euro gekürzt werden soll.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist auch so!)

Damit meint er - ich könnte es auch zitieren; darauf kann ich aber verzichten, weil das völlig klar ist - die Eigenheimförderung.

Bisher entfallen von den 850 Millionen Euro 450 Millionen Euro auf den sozialen Wohnungsbau, 200 Millionen Euro auf die Eigenheimförderung und 200 Millionen Euro auf die Bestandssicherung. Jetzt sollen die 200 Millionen Euro für die Eigenheimförderung wegfallen. Das ist natürlich nichts, woran mein Herzblut hängt; gar keine Frage.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das ist das Problem!)

Aber denken wir einmal daran - das ist ja ein Projekt, Herr Oberbürgermeister -, dass wir Chorweiler sanieren wollen. Dann würde es natürlich Sinn machen, aus dem Topf der Eigenheimförderung einen kleinen Betrag herauszunehmen, um Eigenheime in Chorweiler einzumischen. Das könnte Sinn machen.

Deswegen ist meine Frage: Wäre es nicht eher sinnvoll, die Eigenheimförderung zu reduzieren - beispielsweise um 150 Millionen Euro - und sie dann dem sozialen Wohnungsbau zugute kommen zu lassen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Können Sie das nicht im Landtag besprechen? Da sind Sie aber nicht mehr vertreten!)

Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, das wäre mir ein stärkeres Anliegen. Diese Frage muss meines Erachtens ernsthaft diskutiert werden. Das wäre die Möglichkeit, da zu reparieren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Detjen, es ist schön, dass Sie hier im Kölner Rat über den Landtag sprechen!)

- Herr Kollege Klipper, wenn Sie SPD und Grünen hier alten Tobak von anno dunnemals vorhalten und überhaupt nicht aufpassen, was sich in der Landesdebatte abspielt, dann seien Sie lieber ganz ruhig. Wir müssen doch über die Dinge reden, die aktuell sind. Und es müsste Sie doch noch viel mehr interessieren als uns, wenn die Eigenheimförderung gekürzt werden soll. Da müssen Sie doch aufspringen und „Um Gottes willen!“ schreien. Das ist doch Ihr Thema.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habe ich schon vor einem halben Jahr gesagt! Da waren Sie nicht dabei!)

Sie haben es einfach verschlafen. Sie passen einfach nicht auf. Das ist doch der Vorgang.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, meine Anregung ist, diese Umverteilung von Eigenheimförderung in Richtung sozialer Wohnungsbau vorzunehmen. Das wäre eine Möglichkeit, insgesamt eine kleine Erleichterung zu schaffen, auch zwar auch für den sozialen Wohnungsbau - ohne jetzt dieses Programm infrage zu stellen; um Gottes willen. Das will ich gar nicht. Es wäre aber schön, wenn aus dem Topf der Eigenheimförderung vielleicht auch kleine Einheiten in den sozialen Wohnungsbau einfließen würden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen, und zwar wie Finanzausschuss, neue Anlage 7.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der CDU und der FDP. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kommen wir zu:

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0703/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist

dagegen? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Ich rufe auf:

10.4 Wirtschaftsplan 2012 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0794/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Das ist die FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Dann kommen wir zu:

10.5 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln 2012 0856/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch das angenommen.¹

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu:

10.8. Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse - Geschäftsprozessoptimierung 0064/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0712/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte, Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage unter TOP 10.8 ist überschrieben mit „Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse - Geschäftsprozessoptimierung“. Wer sich inhaltlich mit dieser Vorlage auseinandersetzt, merkt allerdings sofort, dass von Beschleunigung bzw. Geschäftsprozessoptimierung nichts in dieser Vorlage enthalten ist. Die Vorlage hat kein durchgängiges Konzept und ist zu wenig konkret.

Außerdem fehlt die Umsetzung in Rechts- bzw. Satzungsänderungen komplett.

Schauen Sie sich nur einmal den Beschlussvorschlag an. Hier wird von der Verwaltung in die Fachgremien verwiesen, in denen dann wahrscheinlich wieder über Jahre rumgewuselt werden wird.

Der Superhammer des Stadtdirektors ist aber, dass ausgerechnet die Gebäudewirtschaft als Eigenbetrieb, also die Stelle in dieser Stadt, die am allermeisten mit Vergaben zu tun hat, in der Beschleunigungsvorlage gar nicht erwähnt wird.

Wahrscheinlich dreht diese Vorlage deshalb jetzt auch die zigste Ehrenrunde durch alle Gremien, da keiner von uns diese ziemlich sinnentleerte und nicht konkretisierende Vorlage überhaupt verabschieden will. Hier scheint weder ein Umsetzungsinteresse noch ein Umsetzungsinteresse vorhanden zu sein.

Meine Damen und Herren, da wird im vergangenen Herbst in einem teuren, zeitaufwendigen Vergabeverfahren erst einmal die Kölner Wirtschaft von Herrn Kahlen beschäftigt und vorgeführt.

Anschließend warten wir auf die Organisationsanalyse und hören dann durch Zufall im Fachausschuss auf Anfrage der Fraktion der SPD vom Beigeordneten Streitberger, dass die städtischen Mitarbeiter die Wirtschaftsanalyse durchführen sollen. Ich kann gar nicht begreifen, dass die Organisationsanalyse nicht von Externen durchgeführt werden soll, sondern von Internen. Interne Laien sollen also eine Gebäudewirtschaft mit einer Jahresbilanz von 1,5 Milliarden Euro prüfen. Da kann ich mir doch einfach nur einen lachen.

Durch Zufall hören wir dann weiter, dass diese Organisationsanalyse in frühestens zwei Jahren abgeschlossen sein soll.

Weiterhin haben wir im Fachausschuss erfahren, dass die Gebäudewirtschaft - vorbildhaft, wie in der Beschlussvorlage gefordert - eine eigene Beschleunigungsvorlage eingebracht hatte, der Stadtdirektor diese aber gar nicht gezeichnet hat, da er ja auf die von Laien erstellte Organisationsanalyse warten will. Er will also wiederum zwei Jahre warten, bevor er in der Gebäudewirtschaft irgendetwas beschleunigen will.

Herr Oberbürgermeister, da sind Sie gefordert, die Dienststelle des Stadtdirektors einmal zu

¹ Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

beschleunigen - ich möchte fast sagen: machen Sie ihm mal Beine -; denn diese Taktik der Verzögerung des Herrn Stadtdirektors ist unerträglich für alle Beteiligten, vor allen Dingen in den Fachausschüssen.

(Beifall bei der CDU)

Das Argument des Budgets lasse ich an dieser Stelle überhaupt nicht gelten; denn wir alle wussten im vergangenen Jahr, dass eine professionelle Organisationsanalyse Geld kostet. Das wusste auch Frau Klug. Da kann sie jetzt nicht sagen, dieses Geld habe sie nicht im Kästchen.

Wir dürfen hier wirklich nicht zulassen, dass der Stadtdirektor offensichtlich nicht dem Beschluss des Rates aus dem letzten Jahr nachkommen will. Das machen wir nicht mit - ich sowieso nicht.

Herr Kahlen, deshalb haben wir mit einem Änderungsantrag Ihre Vorlage erst einmal mit Sinn und mit Leben gefüllt; denn wir, die Politik, meinen es ernst mit dem Beschleunigen von Vorhaben in unserer Stadt. Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen Vorhaben schneller vorantreiben. Wir wollen zum Wohle des Kölner Bürgers schneller entscheiden - und auch zum Wohle der Stadtkasse.

(Michael Zimmermann [SPD]: Wollen Sie deshalb die Entscheidung noch einmal verschieben?)

Deshalb sehen wir die Anhebung der Wertgrenzen vor, die sich erwiesenermaßen als konjunkturbelebend herausgestellt hat, Herr Zimmermann, auch die heimische Wirtschaft berücksichtigt und wirtschaftsfördernd ist.

Hier appellieren wir an den Landtag, die unter dem Konjunkturpaket II eingeführten Verfahrenserleichterungen aufrechtzuerhalten.

Zudem muss die Verwaltung in die Lage versetzt werden, die Vielzahl der Projekte selber zu realisieren, statt die Entscheidungen durch umfängliche, aufwendige Vorlage in zig Gremien zu verzögern.

Außerdem brauchen wir eine konkretere Langfristplanung. Wir wollen weg von der Planung, die einfach nur Summen in den Haushalt einspeist. Es muss konkret geplant werden, wann welche Personal- und Finanzressourcen zur Verfügung stehen. Es kann doch nicht so sein, wie es in den letzten Jahren war und wie wir es gleich auch wieder

verabschieden werden, dass wir jede Menge Planungsaufträge, zum Beispiel im Bereich des Schulbaus, an die Verwaltung erteilen und die Verwaltung auch plant, wir aber dann, wenn es ans Bauen geht, erst einmal gucken müssen, ob die Kämmerin noch ein bisschen Geld im Portemonnaie hat und ob wir überhaupt Personal für die Realisierung dieser Bauvorhaben haben. Die Planung muss zwingend vorher erfolgen. Ressourcenplanung ist das A und O. Das macht uns der Stadtwerke-Konzern vor, die StEB machen es so, und jedes andere Wirtschaftsunternehmen macht das auch.

Meine Damen und Herren, wir müssen unbedingt dazu kommen, Personal- und Finanzressourcen schon beim Planungsauftrag in der Vorlage zu berücksichtigen. Diese Änderung der Beschlussvorlage ist für uns alle eminent wichtig. Hier geht es nicht nur um Schulbau und Kitas; hier geht es um Tunnelbauwerke, Brücken, Feuerwehrröten und Kulturbauten.

Ich wollte heute an Ihre Vernunft appellieren, dass Sie unserem Änderungsvorschlag folgen. Anscheinend haben sich die Sprecher des Fachausschusses nicht durchsetzen können. Dann müssen Sie aber auch in der Öffentlichkeit die Verantwortung übernehmen, meine Herren und Damen von der SPD und von den Grünen, und dem Bürger erklären, dass Sie gegen die Beschleunigung von Vorhaben sind und ein „Weiter so wie bisher“ bevorzugen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Frau Gordes, für manche Stellungnahme, die Sie jetzt hier eingebracht haben, habe ich durchaus Verständnis. Es besteht durchaus Interesse, darüber zu diskutieren.

Ich verstehe aber Ihr Verfahren nicht. Diese Vorlage ist am 18. Januar 2012 schlussgezeichnet und wurde erstmals am 30. Januar 2012 in einen Ausschuss eingebracht. Heute haben wir den 15. Mai 2012. Der Verkehrsausschuss hat einstimmig zugestimmt usw. Ich will das jetzt nicht alles vorlesen; Sie haben es vorliegen.

Ich frage mich, warum Sie nach vier Monaten mit einem Änderungsantrag kommen. Das ist mir völlig unerfindlich.

Genauso wenig kann ich nachvollziehen, dass Sie diesen Änderungsantrag hier im Rat stellen. Sie wissen doch, dass so komplexe Dinge nur in Ausschüssen beratbar sind. Sonst brauchen wir doch gar keine Ausschüsse mehr und können sie auflösen.

Das Verfahren, wie Sie das machen, ist also nicht korrekt. Sie haben sogar letzte Woche in den Ausschüssen auf „ohne Votum in den Rat“ gedrängt und sich einer Debatte verweigert - zum Beispiel im Rechnungsprüfungsausschuss, wo ich selbst als Vertreter eines Kollegen dabei war.

Kurz und gut - der Auftrag an die Verwaltung ist doch erst einmal, entsprechende Änderungsvorschläge zur Beschleunigung zu machen, nämlich Satzungen zu ändern usw. usf., also die ganze Liste. Das ist ein Arbeitsauftrag. Wenn diese Vorschläge vorliegen, dann wird man sich damit befassen, ob diese Satzungen von uns im Hinblick auf die Beschleunigung für vernünftig gehalten werden.

Das heißt: Jetzt geht es darum, diese Vorlage, und zwar mit der Anlage aus dem AVR, zu beschließen. Es ist bestenfalls möglich, Ihren Änderungsantrag der Verwaltung als Material mitzugeben. Dann wird sie sich schon einmal damit befassen können. Wir können jetzt aber nicht eine Detaildebatte führen, nachdem diese Vorlage fast vier Monate durch die Ausschüsse gelaufen ist und von Ihnen nichts zu hören war. Mir fehlt also jedes Verständnis; das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Da sehen Sie mich jetzt recht erstaunt; denn in vielen Gremien ist sie mehrmals diskutiert worden. Wir haben den Stadtdirektor in jeder Sitzung aufgefordert, diese Vorlage nachzubessern und sie mit Fakten, Satzungsänderungen und bestimmten konkreten Vorgaben anzufüttern. Da ist nichts passiert - bis heute nicht. Deshalb haben wir dazu jetzt unseren Änderungsantrag gestellt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer sich für den Änderungsantrag der CDU ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Vorlage selbst. Wer sich für die Beschlussvorlage in der Anlage 2 ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann, die Fraktion der FDP und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Resolution: Ausbau des Eisenbahnknotens Köln in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen 1358/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss von Verträgen für die Einführung der Selbstverbuchung in den Stadtebibliotheken 0446/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 0647/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Anhörungsrecht der Peter und Irene Ludwig Stiftung bei Angelegenheiten des Museums Ludwig 1238/2012

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Unterzeichnung der Römerkanalcharta 1274/2012

Zu diesem zentralen Thema unserer heutigen Tagesordnung frage ich nun: Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Jahresabschluss 2011 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AÖR 1439/2012

Nach dem Römerkanal kommen wir zu den Stadtentwässerungsbetrieben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Jung.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister, zu diesem Punkt beantragen wir getrennte Abstimmung: einmal über die Feststellung des Jahresabschlusses und einmal über den Vortrag des Jahresüberschusses.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich getrennt abstimmen.

Wir beginnen mit dem Punkt 1, der Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2011. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist der Jahresabschluss so festgestellt.

Nun kommen wir zu Punkt 2, dem Vortrag des Jahresüberschusses. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann, die FDP und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Beschluss so gefasst. Wegen des klaren Votums verzichte ich auf eine GesamtAbstimmung.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Erweiterungsbau des Gymnasiums Kaiserin-Augusta-Schule, Georgsplatz 10, 50676 Köln und

städtebauliche Entwicklung des Georgsviertels Auslobung eines Architektenwettbewerbs 0494/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2012 0947/2012

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln, Baubeschluss 4798/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen ab wie Anlage 8, Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat gestern Modifikationen im Hinblick auf die Begrüßung des Vorschlags der Verwaltung und den Auftrag der Erstellung einer Kostenrechnung an die Verwaltung vorgenommen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dies so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Planungsaufnahme des Ersatz für durch einen Brand zerstörte Räume 0319/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das

**Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55,
50937 Köln
0545/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann frage ich: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
1014/2012**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss 2009
1070/2012**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Keine. Auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Verwendung des Jahresüberschusses 2011 der Stadtwerke Köln GmbH
1582/2012**

Auch hier frage ich: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Neubau einer Kindertagesstätte, Elzstraße 8, 50937 Köln, als Ersatzbau für die 3-gruppige Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime Sülz
Baubeschluss
0520/2012**

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf

**(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nr. 58457/02**

**Arbeitstitel: „Odemshof“ in Köln-Lövenich
4547/2011**

Wir stimmen ab wie Anlage 8.

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben wir das so beschlossen.

Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim

**Arbeitstitel: Stadtteilzentrum
Buchheimer Straße in Köln-Mülheim
0020/2012**

Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Poll

**Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
0532/2012**

Auch da frage ich wieder: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd

**Arbeitstitel: „Sicherung des
Bezirksteilzentrums entlang der Bonner
Straße“ in Köln-Neustadt/Süd
0567/2012**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Wir kommen zu:

**16 KAG-Satzungen -
Erschließungsbeitragssatzungen**

16.1 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0672/2012

Abstimmung wie Vorlage im Verkehrsausschuss.

Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln.
Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So zugestimmt.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

17.2 moderne stadt GmbH - Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern 1338/2012

Hier geht es um die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern, die vom Rat noch bestätigt und gewählt werden müssen. Ich lese die Liste in der Ratsvorlage vor:

1. Frau Berg (vom OB vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)
2. Herr Böllinger (SPD)
3. Herr Zimmermann (SPD)
4. Frau Gordes (CDU)
5. Herr Götz (CDU)
6. Frau Moritz (Grüne)
7. Herr Sterck (FDP)

Über diese Liste stimmen wir jetzt ab. Wer gegen die Benennung der eben vorgeschlagenen Personen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist der Beschluss entsprechend gefasst.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Wahl einer Dienstkraft im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Abs. 2 Buchstabe c Sparkassengesetz NRW sowie ggfs. des Stellvertreters einer Dienstkraft im Verwaltungsrat gemäß § 12 Sparkassengesetz NRW 1468/2012

Hier sind folgende Namen als Wahlvorschlag genannt: Frau Mohr und als ihr Stellvertreter Herr Brünjes - und Herr Brief.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Brünjes ist als Vertreter von Herrn Brief benannt! Herr Brief ist aber schon gewählt!)

- Wir klären das gerade ab; Entschuldigung.

(Andreas Köhler [CDU]: Schieben oder ganz weg!)

Noch einmal, um es deutlich zu machen, was die Personen anbelangt: Frau Mohr wechselt auf die Position von Herrn Mertens. Ihr Stellvertreter ist Herr Brünjes. Dadurch wird Herr Brief Vertreter von Herrn Brünjes. Oder?

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister, wenn ich mich recht erinnere, ist Frau Mohr bisher Stellvertreterin. Sie rückt jetzt auf die frei gewordene Stelle von Herrn Mertens. Dafür wird die Stellvertreterposition von Frau Mohr frei. Diese Position besetzt der Teilnehmer mit der höchsten Stimmenzahl. Das ist Herr Brünjes.

Damit das auch die CDU-Fraktion versteht, weil Herr Köhler gerade fragte: Anders als die CDU-Fraktion gehen wir strikt danach vor, die Menschen mit den höchsten Stimmenzahlen zu wählen und sie nicht politisch zu greifen. Das war hier eine andere Tradition, die früher praktiziert wurde. Wir machen das anders.

(Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Irritation ist aufgelöst. Wie Herr Börschel gerade gesagt hat, werden jetzt also Frau Mohr als Dienstkraft im Verwaltungsrat und Herr Brünjes als Vertreter gewählt - nicht mehr und nicht weniger. Jetzt habe ich es auch verstanden.

Wer gegen diese Personenbenennung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit sind die beiden Personen gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Beisitzerin im Kreiswahlausschuss“
AN/0708/2012**

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand.
Gibt es Enthaltungen? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung
Stadtentwicklungsausschuss
AN/0717/2012**

Für Herrn Breuer wird Frau Wolter benannt.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Damit haben wir den Bereich der Wahlen hinter uns und kommen zu:

**18 Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der
Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**18.1 VRS-SozialTicket: Weiterführung des
SozialTicket-Angebots in Köln
1158/2012/1**

Wer gegen diese Regelung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Dringlichkeitsentscheidung genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Kreditaufnahme und
Ermächtigungsgrundlage für die
Opernspielzeit 2012/13
1388/2012**

Genehmigung in der Fassung des Hauptausschusses.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit so genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Ermächtigungsgrundlage für die
Spielzeit 2012/13 der Bühnen
1496/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von FDP und CDU. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung

der Fraktion Die Linke. Somit ist die Ermächtigungsgrundlage als Dringlichkeitsentscheidung genehmigt.

Damit haben wir den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung beendet.

(Schluss: 19:27 Uhr)